

# Arbeiter-Zeitung

**Denkt daran!**  
Wir erscheinen  
im Zeichen der  
Notverordnungen!

**für Schlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 29. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Bordbauhaus). Fernsprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 29.

## Die Pflichtarbeiter aller Baustellen im Streit

Der Kampf geht um die Beseitigung der Pflichtarbeit, für die Bezahlung jeglicher Arbeit zu tariflichen Löhnen — Weitere Forderungen aufgestellt — Hebt überall Solidarität — Die gemeinsame Not gebietet den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter

Wenthen OS. Der am 25. April ausgebrochene Teilstreit der Pflichtarbeiter hat sich auf alle Pflichtarbeiter ausgedehnt, so daß alle Baustellen restlos im Streit stehen. Die Kommission, die am 25. April dem zuständigen Dezernenten des Magistrats die Forderungen der Pflichtarbeiter übermitteln wollte, wurde abgewiesen und zum Oberbürgermeister geschickt. Die Pflichtarbeiter kämpfen um die Erfüllung nachstehender Forderungen:

1. Sofortige Einstellung der Pflichtarbeit und Beseitigung derselben.
2. Alle Arbeiten werden als Notstandsarbeiten ausgeführt und zu Tariflöhnen bezahlt.
3. Einmalige Beihilfe an alle Bedürftigen.
4. Kostlose Übernahme der Miete und des Lichtgelds durch den Magistrat.
5. Speisung und Milch für alle Erwerbslosen, Kinder und Kranke.
6. Bekleidung in allen Fällen der Bedürftigkeit in allen Familien.

7. Kontrolle des Offens durch die Erwerbslosen.
  8. Beseitigung der Schlangen an den Erwerbslosen durch Vorgesetzte.
  9. Entlassung oder Bestrafung aller Angestellten und Beamten, die durch unwahre Behauptungen den Erwerbslosen Schaden zufügen.
  10. Keine Maßregelung und Weiterzahlung der Unterstufungen.
- Die Abweisung der Delegation beim zuständigen Dezernenten hat die Pflichtarbeiter veranlaßt, restlos in den Streit zu treten. Die Pflichtarbeiter sind entschlossen, den Kampf bis zur Erfüllung ihrer Forderungen zu führen. Die Betriebsarbeiter unterstützen den Kampf der Wenthener streikenden Pflichtarbeiter am besten dadurch, wenn sie ihren eigenen Kampf gegen den bevorstehenden Lohnabbau vorbereiten und zur Auslösung bringen. Die gemeinsame Not gebietet den gemeinsamen Kampf aller Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen die Angriffe der Unternehmer und der kommunalen Bürokratie!

## Zum Wahlausgang

Das Zentralorgan der KPD., die „Rote Fahne“, schreibt zu den stattgefundenen Landtagswahlen:

Der Ausgang der Preußenwahlen und der Wahlen in den Ländern ist ein Spiegelbild der verschärften Krise und der Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland. Die traditionellen bürgerlichen Parteien sind über Nacht in klägliche Splitterparteien verwandelt worden, mit Ausnahme des Zentrums und der fast geschwächten Deutschen Nationalen. Die Kapitalistenklasse verstärkt ihren faschistischen Angriff gegen das Proletariat.

## Ein Schritt weiter zum Reichsbanner-Verbot

Bereit Auflösung der Schupo-Abteilungen — Verstaatlichung der Jugendorganisationen bedeutet Verbot des KJVD.

Berlin, 27. April. (Sig. Drahtber.) Der Reichswehr- und Innenminister Groener hat gestern dem Reichspräsidenten Hindenburg über die Reichsbannerfrage Vortrag gehalten. Groener schlug vor die Auflösung der Schupo-Abteilungen des Reichsbanners, den völligen Abbau aller Abwehrmaßnahmen im Reichsbanner folgen zu lassen und es dann in einen „Vorband republikanischer Arbeiterkämpfer“ umzuwandeln. Im Reichstagenministerium ist daneben ein Plan Groeners zur Verstaatlichung der Jugendorganisationen und durch die Einführung einer Arbeitslosenrente in Aussicht genommen. Er soll größere Reichs-Hindenburg vorzuziehen werden sein. Die Verstaatlichung steht fast auch für die, das heißt militärische Umstellung der Jugendlichen vorzuziehen.

Dieser Beschluß hat Herrn Dietrich in den Harnisch gebracht, daß er nunmehr seinen Posten niedergelegt hat. Hierauf wachte dem bekannten Seifen-Druckler zum Vorwurf, er habe seine Freunde und Gönner bei der Aufstellung der Landtagskandidaten bevorzugt. Auf ausdrücklichen Beschluß des Parteivorstandes wurde die Austragung des Streitstoffes bis nach den Preußenwahlen zurückgestellt. In Berlin wird allgemein die Auffassung vertreten, daß sich Dietrich durch das Vorziehen der Parteiführung der SPD. den Weg zu den Reichsbannern bahnte.

## SPD.-Bürgermeister bei Hitler gelandet

Eberswalde, 26. April. (Sig. Drahtber.) Der sozialdemokratische Bürgermeister Lindemann von Eberswalde ist am Wahltag, nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses, zur NSDAP. übergetreten.

## „Winter 1932 noch schwerer als 1931“

Finanzminister Dietrich gesteht: den Großbanken wurden 5 Milliarden gezahlt

Der Reichsfinanzminister Dietrich hielt zwei Tage vor der Wahl eine Rede in Altona, in der ihm aufsehenregende Eingeständnisse ent schlüpften. Er erklärte u. a., die Lage der deutschen Finanzen sei sehr schlecht und letzte mit:

Die Reichsregierung habe den Großbanken 5 Milliarden bezahlt. . . . Der kommende Winter werde noch schwerer sein als der vorausgegangene.

Dietrich deutete dann „Auswege“ im Sinne des deutschen Imperialismus an und forderte schließl. die Lösung des Arbeitsproblems“, womit der geplante Abbau der Erwerbslosenunterstützung auf den Stand der Wohlfahrtsfälle gemeint ist. In einer nachträglichen „Berichtigung“, die jetzt veröffentlicht wird, versucht Dietrich verschiedenes abzuschwächen und in erster Linie die Tatsache der 5-Milliarden-Geschenke an die Banken als eine Aktion nicht im Interesse der Bankdirektoren, die „alles verloren hätten“, sondern der Bankkunden und der — Arbeitslosen hinzustellen.

Die Antwort darauf, wie auf die Ankündigung eines noch juristischere kommenden Winters, geben die Arbeitslosen und die Betriebsarbeiter, indem sie gegen die Dietrich-Brünning-Regierung und ihre Nazi- und SPD.-Stützen kämpfen und mit der KPD. am 1. Mai marschieren für Arbeit, Brot und Freiheit.

Der Wahlausgang zeigt das Fortdauern der national-faschistischen Welle in Deutschland, die der Hitlerpartei zugute kommt. Die Schichten des Kleinbürgerlichen Mittelstandes, der Angestellten, Beamten und Bauern, die unter der kapitalistischen Wirtschaftskrise und ihrer Verschärfung durch das Versaillesystem leiden, erkennen noch nicht das kapitalistische System als die Ursache ihres Elends und Ruins. Sie glauben vielmehr, daß ihre Not allein eine Folge der Politik von Versailles und Young sei. Ihre Stimmabgabe für die Nazi-partei soll angeblich eine Demonstration gegen das regierende „System“ sein, das diese Young-Erfüllungspolitik durchgeführt hat. Die NSDAP. hat — obwohl Hitler sich ebenfalls offen für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen an das ausländische Finanzkapital erklärt hat — auch in den letzten Wahlgängen wieder als die größte Terror- und Propagandaorganisation der deutschen Bourgeoisie für die reaktionäre Irreführung der radikalisierten Kleinbürgermassen und gewisser Teile der Erwerbslosen (hauptsächlich aus Angestellten-schichten) gearbeitet.

Der Erfolg der Hitlerpartei insbesondere dadurch, mehr als acht Millionen Stimmen zu gewinnen. Diese Stimmen sind von den bedrohten Wählermassen keineswegs für die kapitalistischen Ziele Hitlers, die er hinter einer verschwommenen „idealistischen“ Propaganda verborgen, abgegeben worden. Während Prinzen, Generale, Großindustrielle, abgetaktete Offiziere und eine bestimmte begüterte Schicht der Kleinbourgeoisie den Kern der Hitlerpartei bilden, sind unter ihren Wählern Millionen, die längst jeden Glauben an die alten bürgerlichen Parteien verloren haben, jetzt antikapitalistisch abzustimmen glaubten, und noch nicht die reaktionäre Irreführung durch die NSDAP. erkannt haben.

Bei der Zentrumspartei zeigt sich, daß die ständige Deckung durch die Sozialdemokratie dieser Partei Brünnings, der führenden Partei der Notverordnungs-diktatur, noch zu einem Stimmengewinn verhofft. Die Politik der Sozialdemokratie, der Verwischung der Klassenfronten bei der Hindenburgwahl, die die Arbeiterschaft verwirren sollte, hat auch die Zentrumspartei geschädigt.

Die in Deutschland diktierenden Gruppen des Finanzkapitals besitzen in der NSDAP. einerseits eine faschistische, „sozialfaschistische“ aufgetaktete Kampforganisation. Andererseits hatten sie bei den Präsidentschaftswahlen durch geschickte Manöver und mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Hauptstütze die größte Zahl der Wähler für Hindenburg mobilisiert. Die unmittelbare Auseinandersetzung mit den Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen war ein großzügiges Manöver gegen unsere kommunistische Kampffront. Der Ausgang der objektiv schwierigen Präsidentschaftswahlen sollte die darauf folgenden Parlamentswahlen ungünstig beeinflussen. Das Scheitern der SPD., das 10 Tage vor der Wahl erfolgte und die beste Wahlpropaganda der Groener-Severing sowohl für die Hitlerpartei, als auch für die SPD. darstellte, sollte die NSDAP. gegen die einzige antikapitalistische und antifaschistische Freiheitspartei, die KPD., werden. Das papierne Verbot von Hitlers Marschorden sollte bei den Arbeiterwählern den Eindruck erwecken, daß die Regierung Brüning-Groener doch einen Kampf gegen den Hitlersfaschismus führe.

Durch alle diese Manöver versuchte die Bourgeoisie, Zerschlagung

## Neues Urteil wegen „Hochverrat“

Leipzig, 26. April. (Sig. Drahtber.) Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Zentner Martin Wörig aus Chemnitz wegen Vorbereitung des Hochverrats. Vergehen gegen das Republikverbot und wegen Urkundenfälschung zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Dem Angeklagten wurde die Überzeugungstäterhaftigkeit zuerkannt. Er soll Zeitungen und Flugblätter verteilt haben.

Die Urkundenfälschung sehen sie darin, daß Wörig nicht seinen wahren Namen, sondern eine falsche Adresse auf den Briefumschlägen angegeben hat.

## Ein neuer Nazi-Kandidat!

Berlin, 27. April. (Sig. Drahtber.) In der Stadtverordnetenversammlung der Stadtgenossenschaft Partei NSD. zu Berlin in Differenzen gekommen. Bei der Aufhebung der Versammlung zum Präsidium Sonntag wurde der Parteivorstand den Vorsitzenden des Berliner Reichsbannerzells, den Stadtverordneten Matan, der gleichzeitig Vorstandsmitglied der Berliner Stadtverordnetenfraktion ist, nicht mit aufgestellt.

# Die Straße frei am 1. Mai!

Betriebe. Stempelstellen faßt in Belegschafts- und Stempelstellen-Versammlungen Beschlüsse zu marschieren unter Sowjetfahnen!

# Durch betriebliche Bewegungen zum Massentampfb gegen Lohn- und Unterstützungsabbau

In die Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung zu tragen, gleichartig, unter ihnen nach dem Ausgang der Wahlen wählen eine Wahlmännlichkeit hervorzuheben. Die Wähler der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die mit Hilfe der SPD durchzuführen, haben der Sozialdemokratie, einen noch härteren Kampf zu verhindern. Trotzdem hat die SPD, gegenüber dem 20. Mai 1928 etwa 800.000 Stimmen verloren, gegenüber den Septemberwahlen 1930 etwa 300.000.

Die Kommunistische Partei holte in Preußen gegenüber dem zweiten Wahlgang zwar 380.000 Stimmen auf und erhielt im 1. Wahlgang mehr als am 20. Mai 1928, aber sie blieb hinter den Jähren des ersten Wahlganges der Präsidentschaftswahlen und der Reichstagswahl 1930 zurück. Ein Teil dieser Stimmenverluste fällt auf die relativ geringere Wahlbeteiligung der Arbeiter gegenüber den bürgerlichen Schichten. Ein anderer Teil aber liegt durch die teilweise gestillten Mandate der Sozialdemokratie und der SPD, durch ungenügende Durchdringung von Kämpfen gegen den Lohnabbau und andere Abschnitte, durch ernüchternde Schwächen in der Arbeit in den Betrieben und an den Stempelstellen, wie auch in der Spontantätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, durch eine ungenügende Verwirklichung der Beschlüsse unteres Zentralkomitees, verloren. Zudem wurde eine mehrfache Verdrängung der RPD, durch die Angliederung, Plakat-, Presse- und Demonstrationen verboten einfließen. Die wichtigsten Tatsachen der Arbeiterbewegung wurden im Wahlkampf nicht öffentlich behandelt.

Unsere Partei wird zu dem Wahlergebnis eingehend Stellung nehmen und die notwendigen Lehren aus ihm ziehen. Der Verlust von Stimmen in Berlin und Hamburg, der Zuwachs von Stimmen für die SPD, in Berlin bringt unsere Partei, hier mit besonderem Ernst und größter Kühnheit an die nächsten Kampfaufgaben heranzugehen.

Demgegenüber stellt das bayrische Wahlergebnis, wo unsere Partei einen starken Stimmengewinn gegenüber dem 14. September 1930 zu verzeichnen hat, einen großen Erfolg unserer seit Jahren unter den größten Verfolgungen arbeitenden bayrischen Parteioffiziere dar.

Ein Teil des sozialdemokratischen Stimmenverlustes gegenüber dem September 1930 ist ebenfalls auf geringere Wahlbeteiligung zurückzuführen, aber die massenverräterische Politik der SPD, hat auch größere Teile ehemaliger SPD-Wähler ins Lager des Halbkreisfaschismus

Auf dem Landeskongress der RGD, Sachjen, der am 23. und 24. April in Chemnitz unter Anwesenheit von 600 Delegierten aus den Betrieben und Stempelstellen stattfand, sprach der Reichsleiter der RGD, Genosse Franz Dählem, zu den aktuellsten Fragen, die vor der revolutionären Gewerkschaftsbewegung stehen. Wir veröffentlichen einen Auszug aus seinen Ausführungen zur Organisierung der Einkämpfe und aus der Erläuterung zum letzten Appell von Partei und RGD, zur Bildung der Roten Einheitsfront.

Ohne erst den Ablauf oder einen Neuausschlag der Lohn- und Manteltarife abzuwarten, greifen die Unternehmer fast in allen Betrieben die Lohn- und Arbeitsbedingungen an. Direkter Angriff auf die Tariflöhne, Senkung der Akkordpreise, Kürzung der Urlaubszeit oder des Urlaubsgeldes, das steht überall auf der Tagesordnung. Daneben geht der Angriff auf viele andere Punkte: Abschaffung bestimmter Sonderzulagen zu den Tariflöhnen (Chemie), Kürzung oder Wegfall der Prämien, Wegfall der Zuschläge für Überstunden und für Sonntagsarbeit, Vornahme der Kurzarbeiterzulagen, Angriffe auf besonders tiefen Senkung der weiblichen Löhne (zum Teil bis zu 50 Prozent), Entlassungen zum Zwecke von Neueinstellungen zu niedrigeren Löhnen, Einführung von Saattrupps bei den Eisenbahnern (was den Wegfall der Ortslohnzulage bedeutet) und viele andere Dinge. Auf der ganzen Front aller Industrien verschärftes Vorgehen und Maßregelungen der roten Betriebsräte.

Der größte Mangel in der jetzigen Arbeit der Betriebsgruppen der RGD, besteht darin, daß sie gegen diese betrieblichen Verflechtungen nicht unmittelbar den Widerstand organisierten, sondern die Verflechtungen oft launlos hinnehmen.

Wie die Besprechungen mit den Betriebsgenossen überall ergeben, werden fast in allen Betrieben ständig solche Gelegenheiten der Auslösung von Bewegungen gegen betriebliche Angriffe einfach verpaßt. Die Lage in den Betrieben zeigt, daß überall dort, wo Konflikte, wo Unzufriedenheit angehaucht ist, wo viel Mißstände vorhanden sind, daß wir überall Angriffsforderungen stellen und erfolgreich durchsetzen können.

Es ist auf der Front aller Industrien möglich, innerbetriebliche Bewegungen zu entfesseln. Zum Beispiel die Königsberger Eisenbahner kämpften mit Erfolg für die Wiedereinführung der verkürzten Verbleibungsleistungen bei der Krankentafel. Es gibt eine Reihe von Beispielen erfolgreichen Kampfes um hygienische Forderungen, um die Einrichtung von Garderoben, Speiseräumen usw. Die Bergarbeiter im Saargebiet haben jetzt die Wahlen der Parteimänner in den Gruben, d. h. die Mitbestimmung bei der Festlegung des Lohnes, durchgesetzt. Es gibt Beispiele erfolgreichen Kampfes gegen Überstunden, gegen den Versuch, eine verlängerte Arbeitszeit unbezahlt zu lassen, gegen die Nichterreichung des durchschnittlichen Akkordverdienstes und Erzwingung der Nachzahlung, gegen die Einhaltung der Mieten durch die Werksdirektion, für Schutzzeug (z. B. bei den Gasarbeitern), für Schutzkleidung, Walmöglichkeit usw.

Jetzt, wo in den einzelnen Betrieben die Unternehmer versuchen, durch Einstellung von Arbeitsdienstpflichtigen zu untertariflichen Löhnen einen Druck auf die Löhne der Stammbeschäftigten auszuüben, können von uns aus entsprechende Forderungen gestellt werden.

Dasselbe gilt betr. die Kurzarbeit, besonders gegenüber den Bedingungen, unter denen Kurzarbeiter manchmal täglich reibungslos zum Betrieb kommen müssen und dabei ihr Jahrgeld verbrauchen. Dasselbe gilt gegenüber den ständigen Massenentlassungen, der drohenden Stilllegungen (z. B. der Seife Karoline). In einer steigenden Anzahl von Betrieben kommen Selbstmorde der Arbeiter vor, die vor uns nicht, trotz Erregung der Belegschaft, zu Kampfhandlungen ausgenutzt werden. In manchen Stellen treten die Nazis im Betrieb oder außerhalb des Betriebes provokatorisch auf. Es gibt Hunderte und Tausende verschiedener Möglichkeiten in den einzelnen Industrien, um solche Teilbewegungen auszulösen.

In dem Moment, wo wir aus diesem passiven Hinnehmen herauskommen und auf der Grundlage solcher kleinen Forderungen zum Angriff kommen, ändert sich die ganze Lage und die RGD, kommt in die Offensive auf der ganzen Front. Diese Taktik

der Auslösung der vielfältigen Teiltämpfe ist deshalb besonders wichtig, weil in bestimmten Instanzen die Unternehmer zu einem fastlosen Zustand hinführen und hoffen, betrieblich die Angriffe durchzuführen und mit Hilfe der Reformisten freie Vereinbarungen schließen zu können.

Es kommt jetzt darauf an, eine solche Einstellung bei allen Mitgliedern der RGD, und der roten Verbände zu bekommen, daß sie jeden Anlaß, und sei es der kleinste, auszunutzen, um Aktionen im Interesse der Arbeiter zu entfesseln. Wenn wir eine solche offensiv-kampfbewusste in der RGD, und damit unter den Bedingungen der Betriebe schaffen, wenn die Betriebe in eine immer höhere Kampfmotivität gebracht werden, dann haben wir die breite Basis, auf der dann auch der Streit des gesamten Betriebes und breitere wirtschaftliche und politische Massentampfb besser vorbereitet und durchgeführt werden können, als wenn wir, wie bisher, all diese kleinen Dinge als nebensächlich unberücksichtigt lassen.

Es ist ganz sicher, daß nunmehr, nach den Wahlen, die Unternehmer mit Hilfe des Staatsapparates den großen Angriff auf die Löhne, Unterstützungen und sozialen Leistungen durchführen werden.

Die Sozialdemokratie und der ADGB, haben in ihren Zeitungen die verschiedenen Reden von Stegerwald so ausgelegt, daß „mit einem generellen Lohn- und Unterstützungsabbau nicht zu rechnen sei.“ Sie haben damit zweifellos große Teile der freigewerkschaftlichen Mitglieder erneut in eine bestimmte Sicherheit gewiegt. Es besteht die Gefahr der Ueberzumpfung der Arbeiter durch die neuen Angriffe, wenn es uns nicht gelingt, sie zu alarmieren und die Kampfbereitschaft herbeizuführen.

Eine der Lehren der Januarbewegung war die, daß es außerordentlich schwierig, manchmal unmöglich ist, eine Belegschaft zum aktiven Widerstand und zum Streik zu führen, wenn die in den reaktionären Verbänden organisierten Arbeiter nicht mitmachen. Es hat aber keinen Zweck, immer nur wieder zu erklären, daß für die Organisierung erfolgreicher Kämpfe die Schaffung der Einheitsfront von unten mit den freigewerkschaftlichen und christlich organisierten eine Voraussetzung ist; wir müssen praktische Schritte zur Herstellung dieser Einheitsfront durchführen. Wir müssen solche Tatsachen durch planmäßige und energische Arbeit organisieren.

Es ist gewiß, daß auch die Wahlversprechungen der Reformisten, daß kein neuer Lohn- und Unterstützungsabbau bevorstehe, durch die Ereignisse der nächsten Wochen Lügen gestraft werden. Schon die bisherigen Auswirkungen des Krisenkongresses des ADGB, in den Massen der Mitglieder hat bewiesen, daß ein großes Mißtrauen auch zur Parole der „Arbeitsbeschaffung“ besteht. Das soll uns nicht hindern, die größten Anstrengungen zur Entlarvung des „Krisenkongresses“ zu machen. Wir müssen natürlich an alle diese Kettenscharmelen immer wieder erinnern (betr. Rationalisierung, Preisrenten, Mietrenten usw.).

Aber all das genügt nicht, wir müssen jetzt endlich in unserer praktischen Tätigkeit aus jener agitatorischen Linie, daß wir zu ausschließlich nur Entlastungspolitik treiben, heraus. Jetzt kommt es darauf an, in unserer täglichen Arbeit, in unserer ganzen Argumentation, in unserer Presse die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit den sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen Massen und alles in den Vordergrund zu rücken, was die Arbeiter einigt. Wir müssen einfach und präzise formulieren, wofür die RGD, kämpfen will. Wir müssen in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jeder Gewerkschaftsversammlung die aktuellsten Forderungen der Arbeiter aufstellen, auf deren Grundlage die Einheitsfront zu ihrer Durchsetzung geschaffen werden soll.

Wir müssen in einer solchen Sprache mit den sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen Arbeitern reden, daß sie sich nicht zurückgeschoben fühlen, sondern daß sie sich überzeugen, daß wir es wirklich ernst mit dem Kampf gegen die Unternehmer und mit der Herstellung der Einheitsfront meinen.

In der Praxis der Betriebsarbeit steht oft noch eine Mauer zwischen uns und diesen Kollegen. Das muß geändert werden. Parallel mit der Durchführung der Einheitsfrontpolitik von unten muß der rücksichtslose Kampf gegen die Führer von SPD, und ADGB, anhand der Entlarvung ihrer Politik und ihrer Handlungen gehen. Die Arbeiter werden wir aber erst im Prozeß des gemeinsamen Kampfes von dieser Rolle ihrer Führer überzeugen können.



getrieben. Die Sozialdemokratie ist mit ihrer Klassenverräterischen Politik der beste Wegbereiter Hitlers. Die SPD-Arbeiter, die glauben, die SPD, würde den Faschismus schlagen, leben jetzt dieses Ergebnis der SPD-Politik. Nach 14 Jahren Braun-Seyering in Preußen kann die Nazi-Partei 162 Mandate erobern.

Das Wahlergebnis lehrt unsere Partei, unseren ideologischen Massenkampf, unsere Kampfpolitik gegen die Nazis Bedeutung zu vergrößern, bei einer Verdrängung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die SPD, und ihre Jüdhel, die SPD. Wir müssen der werktätigen Jugend, die zu einem Teil dem Hitlerfaschismus eingefangen werden konnte, eine viel größere Aufmerksamkeit in unserer gesamten Parteiarbeit zuwenden. Wir müssen noch härter als bisher unsere soziale und nationale Einheitspolitik, daß wir die einzige Partei des unverwundlichen Kampfes gegen Young und Versailles sind, der Young-Politik der Nazi-Partei entgegenstellen.

Unmittelbar nach dem Ausgang der Wahlen steht eine neue Art von Angriff der Unternehmer auf die Löhne, ein neuer Angriff auf die Erwerbslosenunterstützung bevor. Die Wirtschaftskrise verschärft sich. Die Imperialisten bereiten den Krieg gegen die Sowjetunion mit verstärktem Eifer vor. Stegerwald will für Millionen Arbeiter und Angestellte die „religiösen“ Tarife einführen. Die Halbkreisfaschisten werden nach diesem Wahlergebnis ihren Mordterror gegen die Klassenbewußte Arbeiterklasse noch verschärfen. Es kommt jetzt darauf an, die ganze Klassenfront der Arbeiter und aller Werktätigen zum Kampf in der roten Einheitsfront zusammenzuführen, um wieder zur Offensive gegen die Kapitalisten überzugehen und den Faschismus zu schlagen.

Wir Kommunisten wenden uns an die sozialdemokratischen Arbeiter, an die Gewerkschafts- und Reichsbannermitglieder, mit unserer Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen gegen den Halbkreisfaschismus, gegen Lohn- und Unterstützungsabbau. Das Zentralkomitee und das Reichskomitee der RGD, veröffentlichen einen Aufruf an alle Arbeiter Deutschlands, in dem die Partei und RGD, betonen, mit allen unteren Gewerkschaftsorganisationen und Betriebsratsmitgliedern, mit allen Organisationen die ehrlich gegen den Lohnabbau kämpfen wollen, gemeinsame Kampfmaßnahmen im betrieblichen Kampfe für die Arbeiterforderungen durchzuführen. Wir werden ebenso den gemeinsamen Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen an den Stempelstellen viel aktiver führen.

Bei schärfstem prinzipiellen Kampf gegen die Regierung Braun-Seyering, gegen ihre Politik der Notverordnungsraffinerie und ihr Wegbereiterum für Hitler, stehen wir Kommunisten in Todfeindschaft dem bürgerlichen Hitlerfaschismus gegenüber. Wir werden alles tun, um mit Hilfe der proletarischen Klassenkraft ihm den Weg zur Regierungsmacht zu versperren, seinen Terror zu brechen und ihn durch den neuen roten Vormarsch der Arbeiterklasse entscheidend zu schlagen.

In diesem Sinne macht die Betriebe und Stempelstellen mobil zum machtvollen Aufmarsch der roten Einheitsfront unter der Führung der SPD, am 1. Mai!

## RGD.-Anhänger müssen die Initiative ergreifen!

Um nach konkreter Maßnahmen zur Schaffung der Front des Widerstandes gegen die drohende Kapitaloffensive zu organisieren, um allen Arbeitern, ungeachtet ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisierung die Bruderhand entgegenzustrecken, hat Zentralkomitee der Partei und Reichskomitee der RGD, abereingelassen, einen Aufruf an alle Arbeiter zu veröffentlichen (von uns bereits veröffentlicht. Die Redaktion). Dieser Aufruf muß eine Massenauflage in allen Betrieben, Stempelstellen und in den Verbänden entfesseln. In dieser Linie müssen unsere Genossen die Frage der Herstellung einer gemeinsamen Kampffront der Belegschaft vor den Betriebsräten, Funktionären der ADGB-Gewerkschaften und den Mitgliedern der Leitungen, der Erwerbslosen stellen, was natürlich nur auf der Grundlage konkreter Anträge und der Aufstellung bestimmter Kampf-forderungen geschehen kann.

Es ist selbstverständlich (Genosse Dählem verweist auf die Beschlüsse des 8. Zentralrates der RGD, zur Frage der Einheitsfront und auf die Märzresolution des Reichskomitees), daß es sich bei der Durchführung dieser umfassenden Einheitsfrontaktion nicht um prinzipienlose Taktikwechsel und Abmachungen von oben, nicht um offene oder geschlossene Trübsal, nicht um Spitzenkombinationen handeln darf, sondern um die Sineingliederung der Massen der Belegschaft, der Gewerkschaftsmitglieder und aller Erwerbslosen in Kampffaktionen auf der Grundlage gemeinsamer Kampf-forderungen. Unsere roten Betriebsräte sollen in den Betrieben- und Arbeiteräten solche Anträge und Forderungen einbringen, wie sie aus der Lage der einzelnen Abteilungen geboren sind. Sie sollen beantragen, daß der Betriebsrat zu ihrer Durchführung eine Abteilungsversammlung bzw. Betriebsversammlung einberuft.

Unsere Genossen sollen die Einberufung gemeinsamer Funktionärskonferenzen, gemeinsamer Mitgliederversammlungen des ADGB, und der roten Verbände bzw. der RGD, zwecks Stellung-

nahme zu den Forderungen der Arbeiter vorzulegen. Das Schwerpunkt muß dabei immer im Betrieb, in der Mobilisierung der einzelnen Abteilungen liegen. Alle Möglichkeiten, Betriebszeitungen, Handzettel, Klebezettel, selbstgemachte Plakate usw. müssen angewandt werden, um den Aufruf, den Appell der SPD und RGD, in engstem Zusammenhang mit den Kampf-forderungen vor die breitesten Arbeitermassen zu bringen.

Wenn wir einerseits unsere Gruppen und Funktionäre davor warnen, opportunistische Abweichungen zu begehen, so muß andererseits ebenso scharf jene Tendenz liquidiert werden, die keinen Unterschied zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und den Führern der SPD, und des ADGB, macht. Diese Tendenz tritt besonders dort auf, wo bestimmte faschisierte und vom Unternehmer korruptierte sozialdemokratische Betriebsräte die revolutionären Arbeiter denutzieren, für ihre Entlassung aus dem Betrieb sorgen und dergleichen. Gegen solche Sozialfaschisten muß natürlich der rücksichtslose Kampf geführt werden. Unsozial und geduldsamer muß jedoch die Arbeit zur Ueberzeugung und Gewinnung aller jener Funktionäre und Betriebsräte, die nicht korruptiert und besetzten sind, und insbesondere der breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder verstärkt werden. Wenn jetzt nach all den Wahlversprechungen infolge des neuen Rates der Bürokratie die große Enttäuschung kommt, muß es gelingen, viele dieser Funktionäre und erst recht Massen der Mitglieder für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen.

### „Kampfmai 1932“

Die illustrierte Waagezeitung gehört in die Hände eines jeden Arbeiters. Bietet sie insbesondere jenen an, die sich bisher von der SPD- und Nazi-Führern irreführen ließen. Vertriebe sie unermülich. — Preis 10 Pfennig.

# Sturm auf die Betriebe!

## In einem Monat 75 Kumpel der 13. Abteilung auf Julius-Schacht verunglückt Erhöhte Antreiberei auf Hans-Heinrich-Schacht

... Es darf keinen Beschluß der Partei geben, keine Resolutionen, keinen Plan bei der Kampagne, bei deren Ausarbeitung die betreffenden Genossen sich nicht die Frage vorlegen: Welche Bedeutung hat dieser Beschluß für die Betriebszellen und ihre Arbeit? Welche Aufgaben ergeben sich aus diesem Beschluß für diese Betriebszellen? Welche Möglichkeiten kann man bei dieser Frage den Betriebszellen einräumen?"

(Genosse Thälmann auf dem Februar-Plenum des Jhr. 1932.)

Diese Worte muß sich jede Organisationsinheit der Partei, insbesondere bei der Vorbereitung des 1. Mai als internationalen Kampftag gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für die Verteidigung der Einheit zur Richtschnur machen. Dabei darf die Antreiberei: „Der 1. Mai findet dieses Jahr an einem Sonntag statt, deshalb ist die Mobilisierung der Betriebe nicht so wichtig!“, nicht gelten. Auch wenn der 1. Mai an einem Sonntag stattfindet, muß die Mobilisierung der Betriebe im Vordergrund stehen!

Au der Kampfdemonstration am 1. Mai müssen die Betriedschafften der einzelnen Betriebe geschlossen, nach außen kenntlich, mit ihren eigenen Forderungen auf den Transparenten und Plakaten aufmarschieren.

## In einem Monat 75 Kumpel verunglückt

Durch die unverfängliche Antreibermethode kann der Kumpel immer weniger auf seine Sicherheit achten. So verunglückten auf Fischgrube, Julius-Schacht, in einem Monat im 2. F 13 j, 4. Sohle, 13. Abteilung, nicht weniger als 75 Kumpel; davon waren 68 leichte und 7 schwere Unfälle. Ist es dort schon so weit, daß der Steiger die Kumpel aus der Nachtschicht und den Strecken wegnehmen muß, nur, um noch Leute unverletzt vor sich zu haben?

## Neue Rationalisierungsmethode auf Julius-Schacht

Um immer mehr Profit aus den Knochen der Kumpel zu schinden, geht die Grube dazu über, neue mörderische Rationalisierungsmethoden einzuführen. So verübt man jetzt, neue Abschnürkammern, die 15 Pfund schwer sind, in Betrieb zu bringen, trotzdem dieselben viel unpraktischer als die anderen sind. In der 13. Abteilung hat man vier Wochen umsonst versucht, dieselben einzuführen. Da es dort nicht gelungen ist, will man es jetzt in der 11. Abteilung verüben. Die Kumpel haben kein Interesse daran, für den Hungertod ihr Leben noch mehr aufs Spiel zu setzen. Am 1. Mai, hebt geschlossen das Arbeiter mit den Arbeitsinstrumenten ab!

## Erhöhte Antreiberei auf dem Hans-Heinrich-Schacht

Wir haben uns schon des öfteren mit den Mannen der 5. Abteilung beschäftigt. Diese Abteilung hat in einem Monat, was eine Machtigkeit von drei Meier hat. In diesem Monat wird eine außerordentlich hohe Leistung verlangt und erzielt. Schweiß und aber in dieser Abteilung auch die nächsten Unfälle zu verzeichnen. Das ist eine Tatsache, die jederzeit darstellbar nachzuweisen werden kann. Das Maß stellt in dieser Abteilung ein eine erhöhte Arbeitsleistung dar. Dazu kommt eine unerbittliche Antreiberei. Es

## Das darf nicht sein!

# Mehrere Arbeiter stehen in Beuthen vor Ermittlung

### Wir rufen zur Solidarität mit den Vermissten der Armen!

Beuthen a. d. S. Hier stehen mehrere Arbeiter auf Grund der Wohnungsfrage vor der Ermittlung. Sie haben schon oftmals den Antrag gestellt, daß sie in eine vorhandene freie Wohnung ziehen können, wurden aber immer mit der Begründung, diese Wohnung würde für Brauerei frei, abgewiesen. Ein Arbeiter war vor einiger Zeit aus einem dazwischenliegenden Hause ausgesiedelt. Das die neue Wohnung beträgt die Miete 10 Mark. Die Gemeindeverwaltung hat 5 Mark an dieser Miete zu bezahlen, da der betreffende Arbeiter nicht auf eigenes Vermögen aus seiner alten Wohnung heraus mußte. Jetzt weigert sich die Gemeinde, das Geld zu bezahlen.

Auf Grund dieser Tatsache soll nun der betreffende Arbeiter Zwangsweise in die von der Stadt gebaute Baracken verlegt werden. Die Barackenwohnungen bestehen aus Stube und Küche. In jedes Belegtag. Der betreffende Arbeiter stellte nun dem Bürgermeister die Frage: „Wo die Frau die Küche machen soll?“ Da die Kartoffeln, Heizungsmaterial usw. untergebracht werden sollen? Die Antwort darauf war: „In der Stube.“ So vertritt das

sind in dieser Abteilung Beamte beschäftigt (Steiger Heidekam und Semann); für diese spielen die Unfälle scheinbar überhaupt keine Rolle. Vorige Woche in der Mittagschicht benahm sich Steiger Semann gegenüber den Kameraden wie ein Mensch, der den Bergbau überhaupt nicht kennt. Er erlaubte sich den Ausdruck:

„Es wird geschüttelt, und wenn auch die Knochen zum Leibe rausfliegen!“

Durch einen solchen Ausdruck sieht man, daß es derartigen Beamten nur auf Leistung und Kohlen ankommt. Er nimmt keinerlei Rücksicht auf das Steigen der Unfallziffern. In derselben Schicht hatte eine Kameradschaft von vier Mann drei Zimmerlängen Oberflachen und vier Zimmerlängen Banke hereingenommen. Trotzdem wurden sie von diesem Steiger als „Faulenzer“ bezeichnet. Darüber empört, wurde der rote Betriebsrat am anderen Tage mit den Kameraden beim Bergverwalter vorstellig. Dieser Beamte mußte in seine Schranken zurückgewiesen werden.

## Eine Antwort an die Lügen-„Bergwacht“

# Erwerbslose gegen das ADB.-Betrugsmanöver

Nieder-Salzbrunn. In der Nummer 31 der Waldenburger SPD-„Bergwacht“ beschäftigt sich der blödsichtige „rühmlichste“ bekannte Berichterstatter dieser Zeitung mit der am 15. April hier stattgefundenen Erwerbslosen-Versammlung. Trotzdem dieser Mann selbst in der Erwerbslosen-Versammlung anwesend war und dort von den Anwesenden in keiner Weise persönlich angegriffen worden ist, bringt er einen Bericht in die Öffentlichkeit, der an Lügen und Verdrehungen und daß kaum noch zu überbieten sein dürfte. Sein Bericht richtet sich gegen alle und alles, was nicht den Segen der SPD hat. Wenn dieser „so-oo-geläufigste Mensch“ schreibt, es wäre von einem Kommunisten geleitet worden, „wenn man einen Gemeindevorstand einpare, dessen Gehalt 5000 Mark betrage, würden diese 5000 Mark ausreichen, um an 300 Erwerbslose 100 Mark auszuhändigen.“ So ist diese lächerliche Behauptung eine gemeine Lüge. Nichts ist, daß von einem Volksgenossen gesagt worden ist, daß, wenn man für die arbeitslosen Erwerbslosen etwas tun wollte, es möglich wäre, bei Entlohnung eines Gemeindevorstandes, von dessen Gehalt, das ca. 5000 Mark beträgt, für jeden Erwerbslosen ein Betrag zur Verfügung stünde zur Vindikation einer dringenden Notwendigkeit. Wenn dann dieser wahrheitsliebende Berichterstatter schreibt, daß der vor drei bis vier Jahren noch der SPD angehörnde und seit der Zeit zur kommunistischen Partei übergetretene Herrmann Schiller erst, als er nicht von der SPD auf einen Posten ernannt worden ist, zur kommunistischen Partei übergetreten ist, so ist das eine ebenfalls große Lüge. Genosse Schiller ist ein kommunistischer Parteimitglied, weil er, wie schon viele Tausende vorher, von demerrat und der arbeiterschützenden Partei der SPD übergetreten ist. Wenn er sich weigert hat, und sich nicht an der Arbeit an der Arbeit beteiligen wollte, hat er sich von der kommunistischen Partei getrennt. Wenn er für Mann für ist, so ist er im vergangenen Jahr dem Gemeindevorstand bei einer Wahlenwahl wegen der SPD-Arbeit den Vorwurf gemacht, daß die SPD-Arbeit, die in der SPD-Arbeit besteht, von noch 8 bis 10 Tausend bis 15 Tausend noch der SPD der arbeitslosen Unterbringung dienen, für alle Arbeitslosen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Unterbringung, auf wöchentlich fünf Stunden zu reduzieren. Es hätte es nur dem wahrheitsliebenden Berichterstatter an der SPD-Arbeit, die in der SPD-Arbeit besteht, zu einem Berichterstatter an den Erwerbslosen zu handeln.

## Will man auf der 7. Sohle neue Unglücksfälle?

Schon des öfteren ist Klage geführt worden über die Führung auf der 4. Sohle vom Durchschlag 6 bis Stapel 1a. Dieser Weg wird benutzt von Teilen der Belegschaft der 1. und 5. Abteilung. Die hier polizeilichen Vorkehrungen hängen, ein paar Minuten vor jeder Schichtwechsel der Strom für die elektrischen Holomaten ausgeschaltet werden soll. Aber fast jeden Tag rollen die vollen oder leeren Waggons im rasenden Tempo diesen Fahrweg entlang. Durch dieses unbedenkliche Fahren sind schon 2-3 mal neue Unglücksfälle entstanden. Im Monat März war ja auch einmal eine Revision der Bergschöberda, um über Schichtwechsel zu sehen, daß die Vorrichtung eingeschaltet wird. Zwar, an diesem Tage schrammte es in Butter! Aber die nächsten Tage führen die Autos für von und zum Schacht, daß wir nicht mühen, wie wir aussiedeln sollten. Also, es vorzunehmen, daß der Begleiter der Züge von der Frischschicht den Strom um 2 Uhr 3 Minuten ausschaltete, aber keine halbe Minute, so hätte schon der Begleiter den Strom wieder eingeschaltet. Die Kameraden, welche zur Nachtzeit nach Stapel 1a wollten, mußten lächeln, um nicht totgeschlagen zu werden.

Kameraden! Stellt euch geschlossen hinter eure roten Betriebsräte und fordert, daß unbedingt Abhilfe geschaffen wird, damit nicht unnötig Unglücksfälle hervorgerufen werden. Rüstet zum 1. Mai, dem Kampftag des Proletariats gegen Hunger, Krieg und Faschismus. Marschiert an diesem Tage geschlossen mit dem Einheitsverband der Bergarbeiter auf!

Wo war denn dieser SPD damals, als die Wohlfahrts-Erwerbslosen noch 8 bis 16 Stunden Pflichtarbeit leisten mußten? Hat er sich schon damals darum gekümmert, wie den hiesigen Erwerbslosen in irgend einer Form eine Erleichterung ihrer schrecklichen Lage geschaffen werden könnte? Auch in der Frage der Pflichtarbeit haben diese sich so arbeiterfreundlich gebärdenden Herrschaften die Regelung beschließen überlassen, die dieser Bergbauarbeiter heute mit den schäblichsten Mitteln in der SPD-Preise nach Streik und Faden herunterreißt. Da dieser kleine Gernegroß fastlich den Argumenten unserer Genossen nicht beikommen kann, deshalb der arbeitslose persönliche Mann!

Zeigst du mich noch werden, daß der vom Verbandsberichterstatter angegebene weitere Nachhaken oder ein anderes Mitglied der SPD, noch nie bei politischen Auseinandersetzungen persönlich betätigt oder herangezogen hat. Von persönlichen Kampftätigkeiten und Herunterreißen einer Fäden überläßt solche Arbeit gerne diesem auf einem ziemlich tiefen geistigen Niveau liegenden Bergbauarbeiterberichterstatter. Wenn sich dieser Berichterstatter noch in seinem Gewand über die Schrift, die an dem arbeitslosen Bergbauarbeiter mit Recht geübt wurde, beschwert und darüber jammert, daß diese Verurteilung als das beschämendste, was sie in der Weltlichkeit auch ist, ein Verdammungs- und Betrugsmanöver des ADB. und der SPD, so ist das verabschiedet. Wenn dieser angebliche SPD-Berichterstatter weiter in seinem Bericht schreibt, wo die Erfolge der SPD sind und demgegenüber die „so-oo-großen Erfolge“ der SPD, so ist das ebenfalls verabschiedet. Wir die Erwerbslosen auf die für die Erwerbslosen ist, so werden auch die Erfolge der Bergbauarbeiten, des Kommunisten - Bericht, die SPD, kann mit Stolz auf ihre „so-oo-großen Erfolge“ in der Arbeiterschaft bilden. Es wäre eine Aufgabe des wahrheitsliebenden hiesigen Bergbauarbeiterberichterstatters, daß in einer der nächsten Erwerbslosenversammlungen zu erscheinen und dort an der Hand des Berichterstatters den Erwerbslosen einmal einen praktischen Anlaufunterricht zu geben über die Bedingungen, die die sozialdemokratische Bergbauarbeitervereinigung Mann-Zweigung der Arbeiterschaft und den Erwerbslosen eingebracht hat.

Erwerbslose von Nieder-Salzbrunn, laßt Euch durch die arbeitslosen und verlogenen Berichterstatter des hier salzbrunn bekannten Bergbauarbeiterberichterstatters nicht beeinflussen, denkt daran, wie dieser Bericht ab seinen irreführenden Aufträgen in Erwerbslosenversammlungen schon des öfteren gründlich geklärt wurde. Ein Vorkommnis, was diesen Partisanen kennzeichnet, soll den hiesigen Erwerbslosen nicht vorerhalten werden. Bei einer politischen Diskussion zwischen diesen Menschen und einem auf revolutionären Boden stehenden Bergbauarbeiter, das Manöver von hier, laßt dieser SPD-Berichterstatter:

„Wenn ich Gemeindevorsteher in Nieder-Salzbrunn wäre, be-lämen die Erwerbslose noch weniger auf die Fakten als jetzt.“

Und dabei ist dieser selbst arbeitslos! Erwerbslose, ein Kommentator zu diesem Bericht werden wir uns. Dieser Ausdruck kennzeichnet diesen Partisanen von Wagnis!

## Wahlterror in Langwaltersdorf

Langwaltersdorf, am 21. April beim SPD-Ortsvorsteher, am Plakat für die SPD, angekündigt. Der Ortsvorsteher, der Gemeindevorsteher, gab bekannt, daß bei jeder Wahl 2 Mark (in Worten: zwei Mark) Steuerngebühren zu zahlen sind. Da wir Kommunisten kein Geld haben, so war uns dadurch die Möglichkeit genommen, als keine Steuern, ein Plakat anzuhängen. Das ist Wahlterror! So erging es nicht nur der Ortsgemeinde Langwaltersdorf. In hundert Orten hat man durch diese Maßnahmen erreicht, daß die Ortsgruppen der SPD, in ihrem Aktiven eingekerkert werden. Das jetzt eben, wie der Gewalter des sozialistischen Lebens das Mittel anwenden, um die kommunistische Partei zu unterdrücken. Das wird ihnen aber nicht gelingen!



**Billig wie nie- und doppelter Rabatt**

Von Donnerstag, dem 28. April bis Samstag, dem 30. April auf alle Waren (mit Ausnahme weniger Artikel) doppelte Rabattmarken! Auf Wunsch statt Rabatt bei Einkauf für 2 RM ein schöner Dessertteller, bei Einkauf für 3 RM eine feine Tasse mit Untertasse aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan.

**KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT**

**10%**

# Rund um den Erdball

## Charbin — der „Vulkan“ im Fernen Osten

### Das Zentrum der weißgardistischen Interventionisten — Einmarsch der Japaner

Ein Sympathisierender bereiste als Vertreter einer englisch-französischen Firma China und die Mandschurei. Er war in Charbin gerade am Tage des Einmarsches der Japaner, erlebte in Zaanahai den Kampf zwischen den Truppen des imperialistischen Japan und der 19. Armee, war in Hantau und Kanking, machte überall photographische Aufnahmen und sammelte Einblicke. Er stellt uns eine Reihe von Reportagen zur Verfügung, von denen wir die erste heute veröffentlichen.

Herbst 1931 In der sibirisch-mandschurischen Grenze herrscht bereits tiefer Winter, während ich noch vor einigen Tagen in Paris heiße Tage erlebte. Unter Zug, der die sowjet-mandschurische Grenzstation Mandschuria verläßt, ist nicht gerade übermäßig voll. Man kann die Passagiere an den Fingern abzählen. Dafür aber sind unter diesen wenigen Passagieren die verschiedensten Rassen und Sprachen vertreten. Engländer, Franzosen, einige Deutsche, Japaner, Mandarinen und ein Türke. Als der Zug die Grenzstation verläßt, herrscht dort sozusagen noch der Frieden. 21 Stunden dauert die Fahrt von der Grenzstation bis nach Charbin. Als der Zug sich Charbin nähert, bemächtigte sich der Passagiere eine immer größere Unruhe. Der Schaffner wollte Kammerdonner gehört haben und bald hörten es alle. War es Wertschickel oder Täuschung? Niemand vermochte es mit Sicherheit zu sagen.



Rikschakulis mit Schlitten



Markt in Charbin.



Chinesische Kinder in Charbin.

Der Zug hält im Bahnhof in Charbin ein. Nur einzeln werden die Passagiere herabgelassen. Randiere werden streng kontrolliert, neben einem chinesischen Beamten steht jetzt ein japanischer Offizier, Kammerdonner und Gewehrladener. Vertreter der Hotels nehmen die Passagiere in Empfang.

„Gehen Sie nicht mit ihm“, rief der Vertreter des einen Hotels, auf den Vertreter des anderen hinweisend, „sein Hotel liegt in der Feuerzone. Mein Hotel ist da vis a vis dem Bahnhof. Wenn es heiß wird, sind Sie gleich bei der Bahn und können absteigen.“

Die Stadt zerfällt in zwei Teile. Das Zentrum der Stadt ist fast nur von Europäern, zumeist Russen, bewohnt. Es sind in der Mehrzahl weiße Emigranten, gemischte Offiziere der verschiedenen Interventionen. Es gibt aber auch viele Sowjetbürger. Angehörige der Sibirischen Eisenbahn. Auf den ersten Blick bemerkt man nur Uniformierte. Ein buntes Gemisch. Alles trägt Uniformen. Chinesische Soldaten, mandschurische Polizei, japanische Offiziere und Europäer in Uniform.

„Wo hat denn die?“ frage ich den Hotelbesitzer. „Das sind unsere Truppen“, antwortet er kalt. „Unsere kaiserlichen russischen Truppen. Ich selbst war früher Offizier in der kaiserlichen Armee und kämpfte später unter Semjonow. Jetzt hat unsere Stunde geschlagen. Der Einmarsch der Japaner bedeutet, daß der Krieg gegen die bolschewistischen Hunde nicht mehr fern ist. Und dann werden wir Abrechnung halten. Saha, von Charbin bis Moskau. Der Weg ist wohl weit, aber wir werden ihn tapfer zurücklegen.“

Charbin hat insgesamt 100.000 Einwohner, 300.000 Chinesen und 20 bis 30.000 Europäer. Die meisten Europäer sind Geschäftsbetriebe und viele von ihnen führen eine recht dunkle

Existenz. Keiner kann sagen, wovon sie eigentlich leben. Die Hauptindustrie der Stadt ist die Sojabohnen-Industrie, d. h. die Industrie, die sich mit der Verarbeitung von Sojabohnen beschäftigt. Und dann gibt es noch eine Reihe Mühlen. Alles befindet sich, wie gesagt, in Händen der Europäer. Kaum daß man das Zentrum der Stadt verlassen hat, befindet man sich in der Chinesenstadt, die den Namen Nutschien führt. Jäh wechselt das Bild. Niedrige Häuser und Lehmbütten. Die Armut starrt mich von allen Seiten an. Unsäglich Kinder auf den Straßen. Besonders lebhaft ist das Bild am Marktplatz. Es ist sozusagen ein Fleckenmarkt. Wo man im europäischen Viertel vom Dollar spricht, spricht man hier von Pfennigen. Auf der Straße sieht man die Spuren der Kämpfe, die während der letzten zwei Tage hier getobt haben. Abziehende chinesische Truppen haben die chinesische Bevölkerung geplündert. Es ist schwer vorzustellen, was es noch hier zu plündern gibt. Einziehende japanische Truppen haben von neuem geplündert.

Betritt man so eine Wohnung, so blickt einem kalte Wände entgegen. Während im Hotel Dampfbereitung und fließendes warmes Wasser gang und gäbe sind, gibt es in den meisten chinesischen Wohnungen überhaupt keine Heizvorrichtung. Die Leute kühlen sich vor Kälte, indem sie den Körper in unzählige Fellen hüllen. Ein magerer Chinese schaut im Winter schmal so bid aus, als er in Wirklichkeit ist. Zumeist mangelt es auch an Schlaflegenheiten. Man steht sich im Herbst an und legt seine Kleider erst im Sommer ab.

Scheu weichen hier in der Chinesenstadt die meisten den Europäern aus. Entsetzt und Furcht sind gefürchtet. Man hat kein Vertrauen zu ihnen. Auf allen Lippen liegt die Frage: Was wird sein? Werden die Japaner schon hierbleiben? Man ist die eigenen Mutmaßungen losgeworden und hat die Japaner auf den Hals bekommen. Mit Reid blicken die chinesischen Arbeiter auf die sowjetrussischen Angestellten der Ostchina-Bahn. In ihnen haben sie zum erstenmal gesehen, daß es Arbeiter gibt, die ein menschenwürdiges Dasein führen...

## Technische Errungenschaften

### Ein Lichtstrahl bremst Maschinen

Ein großer Prozentsatz von Betriebsunfällen ereignet sich an Maschinen, bei denen Messer, Stempel, Pressen u. ä. mechanisch bewegt werden: Nur allzu leicht wird die Hand des bedienenden Arbeiters von der Maschine erfaßt. Wegen des ungeheuren Arbeitstempos, das in der modernen Produktion herrscht, können derartige Unglücksfälle auch durch allergrößte persönliche Vorsicht nur schwer vermieden werden. Lediglich automatische Sicherheitsvorrichtungen können hier einen wirksamen Schutz bieten. Tatsächlich ist es jetzt gelungen, mit Hilfe der Fotozelle eine solche Sicherung zu schaffen: Die betreffende Gefahrenzone wird mit einem Lichtstrahl beleuchtet, der auf eine lichtelektrische Zelle trifft. Kommt nun die Hand des Arbeiters in die Gefahrenzone, so wird der Lichtstrahl unterbrochen. Im selben Augenblick wird durch die Fotozelle ein Strom eingeschaltet, der den Gang der Maschine so lange unterbricht, bis der Arbeiter seine Hand zurückgezogen hat.

### Gewebte Gummikleider

Kautschuk und Gummi sind als anpassungsfähige und leicht formveränderliche Materialien bekannt. Nun ist es gelungen, den Kautschuk in Form von Fäden zum Spinnen zu verwenden. Das Verfahren lehnt sich eng an die Kunstleidenfabrikation an. Man kann aus dem Kautschukfäden gleichmäßige und — nach der Vulkanisation — sehr widerstandsfähige Gewebe herstellen, die sich bei der Anfertigung von Reifen und Schläuchen sogar schon praktisch bewährt haben sollen.

## Kesselerplosion zerstört Fabrik

### Zahlreiche Arbeiter verschüttet

Mailand, 26. April. In der Kunstseidefabrik Sna Biscola von Pavia sind drei Dampfkessel explodiert, wobei zahlreiche Arbeiter verschüttet wurden. Bisher wurden zwei Schwerverletzte im Krankenhaus eingeliefert, jedoch befürchtet man, daß die Zahl der Verschütteten sehr groß ist.

In weitem Umkreis der Fabrik wurden von dem gewaltigen Aufbruch die Säulen zertrümmert. Der Betrieb muß eingestellt werden.

Man vermutet, daß die Inhaber der Firma selbst ihre Schuld im Spiele haben, um so ihren Bankrott zu verhehlen.

## Kinobrand in Manchester

London, 26. April. Manchesters größtes Kinotheater, das „Capitol“, dessen Baukosten über eine Million Mark betragen haben, ist durch ein Feuer vollständig zerstört worden. Von dem monumentalen Gebäude stehen nur noch die Grundmauern.

Das Feuer brach etwa 20 Minuten nach Schluß einer Vormittagsvorstellung aus, so daß zur Zeit des Brandes das Theater leer war.

## 35 Verletzte infolge Explosion

11. New York, 26. April. Wie aus Detroit (Michigan) gemeldet wird, explodierte im Geschäftsviertel von Highlandpark eine Hauptgasleitung. Drei Häuser wurden zerstört und die Insassen unter den Trümmern begraben. Insgesamt wurden 35 Personen verletzt, darunter drei schwer. Ein Knabe wird noch vermißt. Der Feuerwehrgelung gelang es nach verhältnismäßig kurzer Zeit, die Flammen zu löschen. Zwei Angestellte einer Kohlen-Gesellschaft wurden verhaftet, da sie in dem Verdacht stehen, beim Ausladen von Kohlen in dem Keller eines Hauses die Gasleitung beschädigt zu haben.

## Wirbelsturm in Amerika

New York, 26. April. Ein schwerer Wirbelsturm, der von außerordentlich starken Voltenschüben begleitet war, richtete in den Staaten Arkansas, Tennessee, Kentucky und den benachbarten Gebieten großen Schaden an. Viele Telefon- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen, so daß manche Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten sind. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind zehn Personen getötet worden. Die Zahl der Verletzten soll sehr hoch sein.

## Mord und Selbstmord im Grunewald

Eine heimliche Schußreville, die heute früh gegen 7 Uhr den Grunewald beherrschte, machte in der Nähe des Restaurants Paulsdorf eine trübende Entdeckung. Auf einem kleinen Sportplatz, der von der Königsallee abzwiegt, fand ein rotes Sportauto, in dem ein junger Mann und eine junge Dame blutüberströmt lagen. Der Mann, der bereits tot war, hielt in seiner verbluteten Hand einen Revolver, neben dem Führersitz lag eine geladene Selbstwaffe und auf dem Boden des Wagens waren mehrere verblutete Briefe verstreut. Die junge Dame gab noch schwache Lebenszeichen von sich.

Man erschloß sofort, daß es sich um ein Verbrechen handelte, denn die beiden waren nicht so schnell wie möglich zu einem Sanatorium in der Hagenstraße im Grunewald. Dort konnte aber nur noch der Tod des Mädchens festgestellt werden. Aus den hinterlassenen Briefen geht hervor, daß es sich bei dem Mann um den 27 Jahre alten Richard Ruth handelt, den einzigen Sohn eines bekannten Berliner Hoteliers; die Tote wurde als die 23jährige Hanna Soehl aus der Glockenstraße 3a in Zehlendorf ermittelt. Das Motiv des Doppelselbstmordes ist noch in rätselhaftem Dunkel gehüllt.

Das Auto führt sich, daß der Mann zuerst das Mädchen und dann sich selbst erschossen hat.

## Bankbote mit 10 000 Mark geflüchtet

Der Sate der Sander Bank, der Filiale der Sibirischen Eisenbahn, hat am 25. April, 11.30 Uhr, mit einem Gelddruck von 10.000 Mark, den er von der Reichsbank abholen sollte, verabschiedet. Sander bekam auf der Reichsbank den Betrag auf einen Wunsch in 20- und 50-Mark-Scheinen ausgezahlt. Er hat darauf im Auto das Werte geholt und ist zunächst nach Leer gefahren, wo er den Wagen verließ. Seit dieser Zeit hat man keine Spur von ihm.

## Omnibus verunglückt

Rom, 26. April. In der Nähe von Livorno (Italien) überlief ein in einer Kurve ein mit 22 Ausflüglern besetzter Omnibus. 21 Personen wurden schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden.

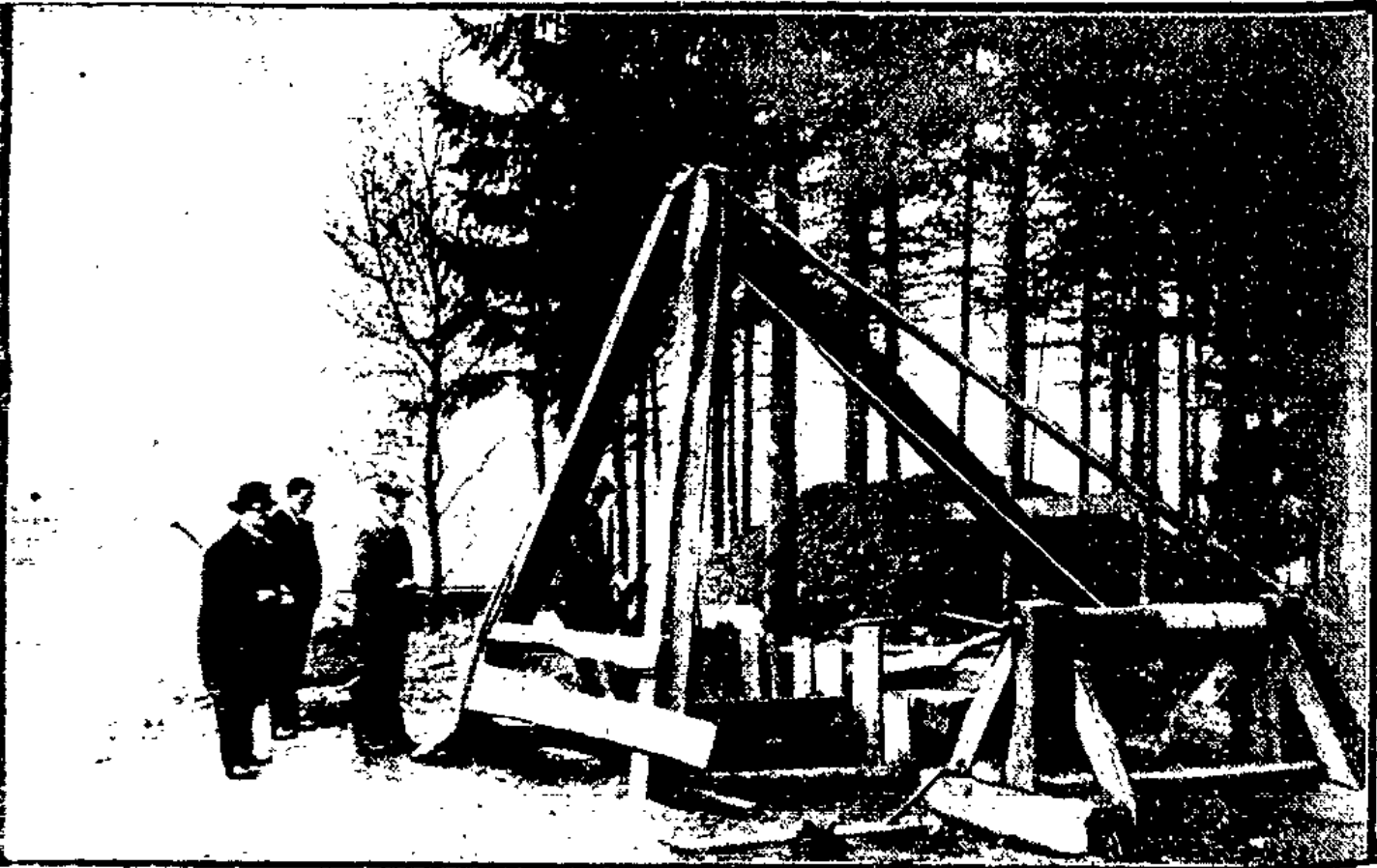
## Straßenraub am helllichten Tage

### 345 000 Mark Beute

11. London, 26. April. In Portsmouth wurde am Montag am helllichten Tage in einer der belebtesten Hauptstraßen der Stadt ein unglaublich frecher Raubüberfall ausgeführt. Die Räuber überfielen in einem offenen Kraftwagen einen Bankbeamten, der in einer Mappe 25.000 Pfund (etwa 345.000 Mark) bei sich trug, und rissen ihm die Mappe im Vorüberfahren aus der Hand. Der den Bankbeamten begleitende Türhüter des Bankhauses sprang auf den fahrenden Wagen, wurde jedoch von den Räubern mit einem Schraubenschlüssel niedergeschlagen. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, den Räubern auf die Spur zu kommen.

## Goldfunde in Deutschland — rasches Ende

In dem hessischen Dorf Allenstein an der Eder ist eine Goldader entdeckt worden. Man hat einen Schacht von 14 Meter Tiefe gegraben, aus dem das goldhaltige Gestein gewonnen wird. — Bereits im Mittelalter wurde in dieser Gegend Gold abgebaut, aus dem sogar Dukaten geschlagen wurden. Später allerdings wurde der Betrieb eingestellt, da die Funde nicht mehr lohnend waren.



# Breslau

Breslau, 27. April.

## Der Provinziallandtag ist eröffnet

### Oberpräsident Videmann hält die Grabsrede für ein sterbendes System

Breslau. Am gestrigen Nachmittage wurde der Provinziallandtag eröffnet. Videmann, der Oberpräsident der Provinz Schlesien, hielt namens der preussischen Staatsregierung die Eröffnungsrede. Er, der sonst stets den Silberzungen in größter Nähe am politischen Horizont sah, klang gestern am Krankenbett des sterbenden kapitalistischen Systems und hielt eine Grabsrede auf das nahende System. Wie bereits Franz Haug es, als er von der Arbeitslosenversicherung und der veränderten Arbeitsverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse (2) sprach. Natürlich — natürlich sah er wie ein roter Faden durch seine Rede.

Nach der Ansprache des Oberpräsidenten erfolgte die Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender (Z.P.D.) und Stellvertreter v. Charbonnier, Oberbürgermeister aus Siegnitz (Z.P.D.). Die kommunistische Fraktion schlug den Genossen Robert Schulz vor und gab für ihn die Stimme ab.

Nach der Wahl des Vorsitzenden gab der Landeshauptmann Dr. von Thauer einen Rückblick und Ausblick, als Einleitung der Verhandlungen. Auch er konnte nur sehr schwarz die Lage der Provinz malen.

Wir haben an dieser Stelle bereits auf die ungeheuren Abstriche im diesjährigen Provinzialetat hingewiesen. Die Arbeitslosigkeit wird dadurch in der Provinz ungeheuer gesteigert werden. Um dieser

## Rote Fahnen und Transparente mit Hammer und Sichel zum Kampf-Mai 1932 heraus!

Weiteren Verlesung zu steuern, wird im Laufe der Verhandlungen unsere Fraktion die kommunistischen Arbeitsbeschaffungsorderungen zur Debatte stellen, mittels welchen Lohnens-Verhältnisse der Provinz vor der Gewerkschaften verhandelt und neue Tausende Beschäftigungsmöglichkeiten bekommen können. Wir werden morgen diese Arbeitsbeschaffungsorderungen in unserer Zeit veröffentlichen.

### Maifeier des Stadtteils West

Der Stadtteil West veranstaltet keine Maifeier am Sonntag von 15-21 Uhr. In Hoffmanns Hof, Revuehofstr. Auch findet dort ein Kartenspielerfest.

Arbeiter, Arbeiterfrauen, Jungarbeiter, Arbeiterkinder, bereitet euch in Massen!

### Zeugen gesucht!

welche den Verfall am Sonntag, den 10. April, in der Zeit von 1 bis 2 Uhr mittag, an der Ecke Alben- und Schwerestr. beobachtet haben. Es handelt sich um den Heberfall des Nazi-Bischoff auf einem Arbeiter, der auf dem Motorrad die Albenstr. entlang fuhr. Meldung in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“.

### Rote Rundfunk-Rundnotizen

Mittwoch, 15.30. Vortrag: „Arbeitslosigkeit in der Industrie“. Es führt, der Referent ist uns nicht bekannt! — Am 21.10. gab es Heimatsänger. Der Untertitel: „Was die Vorjünde erzählt“ verrät, daß hier wieder einmal jenseit der Wirklichkeit in Dorfsicht gemacht werden wird. — Donnerstag, 17.35. Bericht Was W. V. L. P. manne französische Erzählung. — Am 17.35. Vortrag von Erich Landsherg über „Kriminalfälle im alten Breslau“. — Wollens werdes lieber in der „Stunde der Arbeit“ am 18.15. — Am 18.10. spricht Prof. Wunder über die „Vererbungslehre“. — Politischer Zettel wird um 19.30 keine Agrar- (wird) Organisationspolitik zu rechtlichen werden. Kommentar dazu ist uns gemäß Notverordnung verboten! — Am 21.10. spricht der bekannte Richter Hermann Zecher über „Kulturpolitik“. Es dürfte eine der üblichen unverständlichen Richterreden werden. — Freitag, Der Nachschub von Eisen um 17.35 ist ein Jugendergänzung. Vorführung! — Auch von Amerikalienübertragung um 20.30 mit großer Vorführung zu hören. Am 20.15. Bericht „Eine kleine Melodie“. — Den „Mit in die Zeit“ um 21.10. hält der Zentrumsgesellschaftliche Referent. Abschalten! — Sonntag, 16. Filmbeurteilungen. Warum werden eigentlich hier die Referenten immer zahmer? Hat die Filmindustrie einen Wind gegeben? Wir brauchen Filmkritiken und keine belanglosen Inhaltsangaben! — Die Veranstaltung „Der Neumbranddeutsche“ um 17.35 ist eine Sache der Nazis. — Sonntag, Vortrag am unterhaltendes Tagesprogramm. Und wie geht es der Rundfunk des 1. Mai? Am 19. findet unter dem bezeichnenden Motto: „Wir, die den Hammer schwingen“ eine der reformistischen Abendfeier mit Z.P.D.-Vortrag und klassenbewusstlichen Chören statt, wenn der religiöse Sozialist und Preußenminister Grimme den entsprechenden feierlichen Vortrag hält. Das ganze ist auf den Ton gestimmt: Arbeiter, trotz Lohnabbau und Notverordnungsbittatur habt Sonne im Herzen! Auf solche Maifeiern verzichtet die revolutionäre Arbeiterschaft!!!

### Achtung! Kursus Marxismus!

Mittwoch 19.30 Uhr Fortsetzung des Kurses über die ökonomischen Grundbegriffe des Marxismus in unserem Schulungsraum, Wüchstr. 14, Seitenhaus, 1. Stock.

Desgleichen Anfangskursus in Kämpfen abends 19.30 Uhr in unserem Schulungsraum. Marxistische Arbeiterschule.

## Genosse Ernst Wollweber spricht am 28. April in Breslau

Betriebsarbeiter Breslaus. Für drei Millionen Arbeiter Lohnsanktion, für vier Millionen Mantelarbeiterschaft. Was ist zu tun? Dazu spricht das Mitglied des Reichskomitees der R.G.L., Kollege Ernst Wollweber, W.D., Berlin, bei Hoffmann, Köpcke-Str. am Donnerstag, den 28. April, abends 8 Uhr. Ankostenbeitrag 10 Pfennig.

# Buchdruckerkollegen, organisiert den revolutionären Massenkampf

## Die Zustände bei Graß, Barth & Co. — Die Buchdrucker müssen am 1. Mai unter den roten Fahnen des Kommunismus demonstrieren

Breslau. Rote Zustände herrschen in der Buchdruckerei Graß, Barth & Co. am 28. April. Hier sind die Buchdruckerkollegen mit ihren Familien und Kindern, an Lohnzahlen wird nicht gezahlt. Er hat sich vor kurzem ein Geschäft, welches drei bis vier Wochen nicht abgemacht haben sollte, freiwillig sein Arbeit aufgegeben. Man sollte nicht etwa glauben, daß in der Firma kein Geld vorhanden ist, zumal sich die Inhaber derselben noch zwei Luxusautos halten können. Die Herr Herbert Friedrich sein eigen nennt.

Lohnrückstände bei der Firma Graß, Barth & Co. für ein Tausendhand geworden, der schon jahrelang nicht. Am Tag vor einigen Tagen auf den Redaktionstisch die Entlassung eines Maschinenmeisters auf den Tisch, in welcher es heißt, daß derselbe infolge Antragsmangel und Verkünderung des Betriebes zum 22. April gekündigt wurde. Dieser Drucker hatte bei Lohn Entlassung 54 Mark zu bekommen. Er erhielt sie jedoch nicht, sondern ließ sich seinen zutreffenden Lohn in 5- und 10-Mark-Katen abholen. Also Lohnzahlung auf Stottern. Was sagt hierzu der Betriebsrat und noch vielmehr der sich radikal gebärdende Herr Zorn, der Vorsitzende des Breslauer Buchdrucker-Verbandes? Sie um so gut als gar nichts und dulden damit das reaktionäre Handeln jener Leute, die auf Kosten der circa 120 Mann Belegschaft sich ein angenehmes Leben machen. Die Inhaber der Firma beuten ihre Arbeitsträger nicht nur aus, sondern arbeiten noch obendrein mit ihren ihnen längst zutreffenden Löhnen. Wen kann sich je ausrechnen, welche nettes Zimmchen zusammenkommt, wenn jeder der dort Beschäftigten nur 50 Mark zu bekommen hat.

Aber nicht nur, daß mit den Geldern der Belegschaftsmitglieder gearbeitet wird, die Firma arbeitet auch mit den Geldern der Allgemeinheit. 12.000 Mark schuldet die Firma an die A. E. S. Diese Tatsache wirkt um so grotesker, wenn man weiß, daß der Direktor Hummel, der in diesem Bereich hochaktiv ist, der Vertreter der Buchdrucker in der A. E. S. ist. Dieser Hummel und Dauter-auer der Buchdrucker, dieser Polhemauer und bekannte Kommunistenführer, sind sie nicht schuld daran, daß nicht es in aus, als würde hier auf Kosten der Allgemeinheit die „Breslauer Zeitung“ erscheinen? Jedenfalls kann man hier die „Kampfer“ Arbeit jener Reformisten erkennen, die die unheimlichen Verhältnisse der Buchdrucker sind.

In der letzten Betriebsversammlung wurde nun beschlossen, daß die Firma mindestens 900 Mark an die A. E. S. abzuführen hat, und die Entlassung jenes Druckers, der wahrscheinlich noch mehrere folgen werden, sollte wohl zu einer Maßnahme sein, um diese Gelder dafür flüssig zu bekommen. Die dort beschuldigten Kollegen wurden sich derartige Maßnahmen nicht lassen gefallen lassen. Sie müssen sich vor jener Politik des „Reinern“ Hebens, die dort besonders in Erscheinung tritt, wehren, es immerhin „helfen“ sei, im Bereich zu arbeiten und ihren verdienten Lohn der Firma weiter zu überlassen, beitragen. Zu diesem Zweck ist es auch notwendig, daß sie möglichst mehr denn je einen kämpferischen Kurs im Vertriebe einschlagen und mitteilen, einen revolutionären Widerstand gegen die bestehenden Mißstände zu organisieren.

## Laßt euch nicht länger vom Kampf um eure Forderungen abhalten!

Die Kollegen dürfen sich nicht länger von den reformistischen Gewerkschaftsführern, auch wenn sie noch so radikale Reden halten, von revolutionärem Massenkampf abhalten lassen. Dies gilt nicht nur für die Kollegen bei Graß, Barth u. Comp., sondern für alle Kollegen im Buchdrucker-Verband.

Die vor einigen Tagen stattgehabte Versammlung zum Ortsverband im Buchdrucker-Verband zeigt, daß der von der Opposition vorgeschlagene stellvertretende Vorsitz immerhin schon 100 Stimmen erhalten hatte, was amik den Sozialdemokraten und ihren „Lenten“ Freunden nicht allzuehr gefallen hat. Diese Opposition gilt es zu stärken und zu fügen, wenn ihr eure ureigenen Interessen vertreten wollen. Die Wahl zum Ortsverband hat ja auch gezeigt, daß die Kollegen keinesfalls mit der reformistischen Verbandsführung zu freunden sind, wenn die Vertretung von 1168 Kollegen wählen nur 825 zur Annahme bringt das zum Ausdruck, Kollegen, an euch liegt es, wie lange die Dinge noch so gehen sollen.

Kollegen, halt ihr schon einmal darüber nachgedacht, was das für Arbeiterführer sind, die für die Frauenwahl und den 1. Mai ein Flugblatt herausgeben, in dem es heißt: „Für den sozialistischen

Parteien die Stimme zu geben“, das kann ebenfalls als Z.P.D. oder gar eine Ableitung der Z.P.D. sein, daß kann aber andererseits auch die Z.P.D. sein, denn es heißt ja bekanntlich auch „sozialistische Partei“. Wer diesen verheerenden Begriff „sozialistische Partei“ verbindet die Leute, auch an der Stange zu halten, da es aber auch etwas ist, damit ihr gewaltig all über euch laut gegeben ist.

Daß sich hinter diesem sozialistischen Parteien\* kein christlicher revolutionärer Wille verbirgt, bewies die am Montag stattgefundenen Mittelversammlungen. Es machte zwar Frau Zorn als für den 1. Mai. An diesem Tage soll nach den rechten und linken Sozialisten in der Partei abgeklärt werden, auf welcher Seite jeder steht. Es soll nur Gewerkschaftler (2) geben. Der Kur-Gewerkschaftler Zorn fand in dieser Zusammenkunft einen rechtlichen Ausdruck, wo der stütz hingibt, als er verurteilt, daß die Kollegen, nach der Kur-Gewerkschaftsversammlung, auf welcher ein „reinerer“ Redner sprechen wird (wie empfohlen dazu Herrn Ziegenwald oder Herrn Brünning) gefolgt nach dem alten Rechts (zum Begräbnis?) an der Reichstraße oder der Margaretenstraße marschieren werden (Dicks Männchen wurde mit lautem Gelächter kritisiert.)

## Kollegen, beschreitet den Weg des revolutionären Klassenkampfes!

Die Kollegen müssen es ableben, diesen Weg mit ihren „Führern“ zu gehen. Am 1. Mai müssen die Buchdruckerkollegen, einschließlich der Jungbuchdrucker, der Breslauer Arbeiterschaft zeigen, daß sie die demagogischen Schreie der Nazis auf Gehör lassen, aber ebenso die „Lenten“ Manöver der Zorn, wahrhaftig — der aus Furcht vor den Nazis bei der Wahl nicht mal eine rote Fahne zum Fenster rausbringen, entschlossen ablehnen.

Laßt euch am 1. Mai nicht auf den Friedhof oder ins Grüne führen. Denkt an den Blut-Mai 1924 in Berlin und marschiert am 1. Mai, am internationalen Kampftage der Arbeiterklasse, unter den roten Fahnen der kommunistischen Partei gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion, für Arbeit, Brot und Sozialismus!

Verantwortlich für den reaktionären Kurs sind die Z.P.D. oder gar eine Ableitung der Z.P.D. sein, daß kann aber andererseits auch die Z.P.D. sein, denn es heißt ja bekanntlich auch „sozialistische Partei“. Wer diesen verheerenden Begriff „sozialistische Partei“ verbindet die Leute, auch an der Stange zu halten, da es aber auch etwas ist, damit ihr gewaltig all über euch laut gegeben ist.

**Wandleihhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

## Donnerstag und Freitag Restie

### Abschnitte / Kupons

**Kommen Sie bald und greifen Sie zu!**  
denn es lohnt sich immer, unsere **RESTIE**

zu kaufen  
Eine wie billige Gelegenheit haben Sie wieder, sich schöne Kinder- und Damenkleider herzustellen, sie zu modernisieren, Wäsche und Gardinen billig anzufertigen und auch alle sonstigen Ergänzungen vorzunehmen, die für den Wäscheschrank notwendig sind. Ueber die Preise brauchen wir nicht viel reden, die sind einfach nicht zu schlagen!

### Kleine Reste Waschkunstseiden

bedruckte teilweise mit kleinen Druckfehlern, viele gleiche Muster in riesigen Mustersorten in Längen von 30 cm bis zirka 1 Meter  
Rest 25, 20, 15, 10, 5 Pf



Dein Geld wird wertvoller von Tag zu Tag!

Spare bei der STÄDTISCHEN SPARKASSE ZU BRESLAU

# Kommunismus — der Sieger im Massenstreik in Böhmen!

Die bürgerliche „Brücker Zeitung“ zum Ausgang des Bergarbeiterstreiks

Die bürgerliche „Brücker Zeitung“ schrieb am 20. April, an dem Tage, an dem die Bergarbeiter Nordwestböhmens auf Beschluss ihrer Konferenz einheitlich die Arbeit antraten:

„Das große Guthaben, mit dem sich die kommunistische Internationale vom Schauplatz des gewaltigen Mägens in Nordwestböhmen zurückzieht, besteht darin, daß die Armees der Bergarbeiter, die in Brüx zweimal aufmarschierte, nicht geschlagen auseinanderläuft, sondern nach freiwilliger Einstellung des Kampfes intakt bleibt, daß die Massen an den kommunistischen Appell gewöhnt wurden, und die Autorität der Führung nicht bloß unerschüttert blieb, sondern durch Beschlässe der geistigen Konferenz auch für eventuelle künftige Streiks festgehalten erscheint... Es ist leider eine Tatsache, daß der Kommunismus, der im nordwestböhmisches Bergbaugbiet an Bedeutung stark zurückgegangen war, durch diesen Streik eine ganz unvorstellbare Wiederbelebung und Ausbreitung erfährt, und abermals zu einer Macht geworden ist. Er ist der wahre Sieger nach dem Kampf. Man wird das politisch und vielleicht auch anders noch zu fühlen bekommen.“

## Rote Einheit am 1. Mai

Brüx, 26. April. Am 24. April fand die letzte Sitzung des Zentralen Streikausschusses der Bergarbeiter statt. In dieser Sitzung wurde beschlossen, die Forderung „Zentraler Streikausschuss“ in Komiteeauschuss der Einheit der Berg-

arbeiter“ und sämtliche Streikaktionen auf den Schächten und in den Gemeinden und Bezirken in „Einheitsausschüsse der Bergarbeiter“ umzuwandeln.

Gleichzeitig beschloß der Zentrale Streikausschuss, im ganzen Revier einheitliche Kundgebungen am 1. Mai einzuberufen. Dieser historische Beschluss wird im ganzen Revier mit großem Enthusiasmus aufgenommen. In einigen Orten stellten die sozialdemokratischen Führer die Forderung auf, die sozialdemokratischen Bergarbeiter haben am 1. Mai überhaupt nicht zu demonstrieren, sondern „das Fest der Arbeit in geschlossenen Lokalen und in einzelnen Gemeinden zu feiern.“ Diese Forderung wird das Gegenteil dessen erzielen, was sich die Sozialfaschisten vorstellen.

★

Brüx zeigt uns den Weg! Der Vormarsch des Kommunismus geht über die Auslöschung gewaltiger Massen kämpfe der Betriebsarbeiter und Arbeitslosen, in deren Verlauf die revolutionäre Einheit der Arbeiter aller Parteien gegen Kapitaloffensive und Faschismus geschmiedet wird. Folgen wir dem Beispiel der böhmischen Kumpels!

In Albanien stießen Freiheitskämpfer mit Gendarmen zusammen. 15 Gendarmen wurden getötet. Aus Rache steckte die Polizei das Dorf Sucholol in Brand, das vollständig zerstört wurde.

## Erfolgreicher Druckerstreik in Bulgarien

Sofia, 26. April. Nach 55tägigem Streik erreichten die Druckerarbeiten der Sofioter Druckerei Stamboliew einen vollen Erfolg. Die Forderungen der Arbeiter auf Lohnhöhung, Beibehaltung der Überstunden, Einhaltung des Achtstundentages, regelmäßige Lohnauszahlung, Entlassung der sieben Streikbrecher, Anerkennung des Betriebsrates und der Gewerkschaftsorganisation (unabhängiger Druckereiarbeiterverband) wurden vollständig angenommen.

★

Sofia, 26. April. Beim bulgarischen Unterrichtsministerium wurden 10000 Telegramme ein, in denen sich Lehrer der Gewerkschaften und Gewerkschaften beschwerten, da sie seit acht Monaten keine Gehälter mehr erhielten. Die Lehrerschaft ist buchstäblich in Verzweiflung.

## Frauen durchbrechen Polizeilorden

Warschau, 26. April. In Zyrardow stürmten die Bergarbeiter, seit Wochen ohne Unterstützung gebliebenen Arbeiterinnen das Rathaus. Frauen und Kinder marschierten an der Spitze, durchbrechen den Polizeilorden und drangen in die Polizeistramme ein, um ihre Forderungen zu demonstrieren.

Auf dem Rathausplatz kam es zu langandauernden Kämpfen. Viele Polizisten wurden durch Steinwürfe verletzt. Es wurden starke mit Karabinern bewaffnete Polizeikräfte eingesetzt.

London, 26. April. Nach den jüngsten gewaltigen Kundgebungen der Arbeitslosen von New Zealand, die in dem heiligen Reichstag in England ihren Höhepunkt hatten, kündigt jetzt die Regierung eine Anzahl von Jugendschicksalen an die Arbeiterinnen an. Alle eingetragenen Arbeitslosen werden jede Woche zu Nacharbeit und Geldunterstützungen verurteilt werden, soweit dies die Mittel gestatten. Bisher hatten die Arbeitslosen abwechselnd wochenweise gar nichts erhalten.

## Plus oder Minus?

Agrarkrise im Kapitalismus — Stürmisches Wachstum der Großlandwirtschaft in der Sowjetunion

Die Anbaufläche für Weizen betrug in der Sowjetunion im Jahre 1930 32 573 000 Hektar und im Jahre 1931 37 261 000 Hektar. Das Wachstum beträgt 14,4 Prozent. Es erfolgte auf Grund der Kollektivierung, der Entwicklung der Sowjetgüter, der Verbreitung der maschinellen Technik in der Landwirtschaft. Immer größer wird der Anteil des sozialistischen Sektors (Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften), während die Einzelbauernwirtschaften an der gesamten Anbaufläche immer weniger beteiligt sind. Es wurden angebaut:

	1929	1930	1931
Von den Sowjetgütern	2,1%	3,4%	12,4%
Von den Kollektivwirtschaften	5,4%	42,5%	68,5%
Von d. Einzelbauernwirtschaften	92,5%	51,1%	19,1%

In den kapitalistischen Ländern dauert seit Ende des Krieges die Agrarkrise fort ununterbrochen an. Anfang 1931 sind die Weizenpreise so stark gefallen, daß ein Verkauf von Weizen sich nicht mehr lohnte und man vielfach das Getreide als Feuerung oder Viehfutter verwendete. In denjenigen Ländern, bei denen Weizen einen wichtigen Ausfuhrartikel darstellt, ist eine starke Einschränkung der Anbaufläche eingetreten. Die Anbaufläche für Weizen betrug:

	1930	1931	Rückgang i. %
USA	24 742 000	22 237 000	10,1
Argentinien	8 613 000	6 999 000	18,7
Australien	7 370 000	5 661 000	23,2

Es muß doch am System liegen, wenn die Gegensätze so ins Auge springend sind.

Sozialismus schlägt Kapitalismus!  
Kämpft mit uns Kommunisten für ein freies sozialistisches Vaterland!

## Krieg? Hunger? Nein! Kämpft mit uns für Sozialismus!

Die KP. Frankreichs im Wahlkampf

Die kommunistische Partei Frankreichs hat sich mit aller Entschiedenheit in den Wahlkampf zur Neuwahl der Kammer am 1. und 8. Mai geworfen. Die Hauptlösung ihrer Wahlkampagne ist: „Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion!“ Die ganze Wichtigkeit dieser Lösung geht aus der führenden Rolle hervor, die der französische Imperialismus in der kapitalistischen Antisowjetfront spielt. Der zweite Hauptpunkt des Programms ist der Kampf gegen das Elend, für die Arbeiterforderungen. Auf diesem Gebiete hat unsere Agitation die Massen tief aufgewühlt, angeführt der großen Erwerbslosenzahl (15 Millionen Vollerwerbslose, 4,5 Millionen Kurzarbeiter) und der allgemeinen Herabsetzung der Löhne in der jüngsten Periode. Auch die arme Bauernschaft leidet sehr unter der Agrarkrise. Die Schlusslösung der kommunistischen Plattform ist ein Aufruf an die Massen, sich den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Krise zu erzwingen.

Das Zentralkomitee hat als Richtlinien herausgegeben, die größten Anstrengungen auf die Hauptindustrieregionen und in diesen auf die wichtigsten Betriebe zu konzentrieren: Agitation innerhalb der Betriebe, Verfammlungen vor den Toren der Betriebe, Werbung von Arbeitern aus der Großindustrie. 10 000 neue Mitglieder bis zum 1. Juni wurden der Partei als Ziel gesetzt.

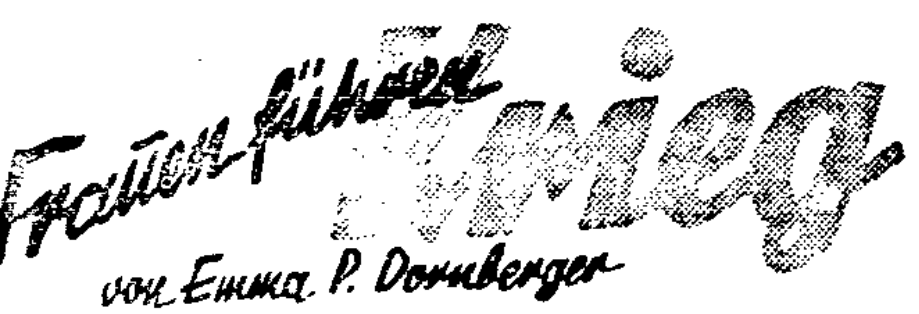
Das Politbüro hat beschlossen, eine besonders aktive Kampagne in Paris und dessen Vororten zu führen, wo die kommunistische Partei ihre stärksten Stellungen innehat, dies vor allem in einigen besonders wichtigen Wahlkreisen, die einen fast rein proletarischen Charakter haben.

Der französische Imperialismus führt den Wahlkampf unter dem Gesichtspunkt der Einstellung der Massen auf den von ihr vorbereiteten kommenden Krieg. Sie scheut kein Geld, keine Mühe, um die für den Krieg notwendige „nationale Einheitsfront“ und für die Regierung eine „nationale Konzentration“ bei den jehigen Wahlen zustande zu bringen. Sammlung ihrer Kräfte, Zerstückelung des Kommunismus, das ist ihre Devise. Hierbei leistet ihr die Sozialdemokratie gute Dienste. Obwohl bei allen letzten Abstimmungen über Heeresetat usw. in der Kammer lobend die „Einmütigkeit der Nation bis zu den Sozialdemokraten“ hervorgehoben werden konnte, bezeichnet jetzt Tardieu demonstrativ die Sozialdemokraten als den Feind. Er versuchte die Sympathien der Wählenden auf diese Partei zu lenken, indem er die Arbeiterklasse glauben machen will, die Sozialdemokratische Partei kämpfe wirklich gegen die Reaktion. Die Sozialdemokratische Partei verollständig ihrerseits dieses Manöver, indem sie einen erbitterten und schamlosen Kampf gegen unsere Partei führt. Auch ihr Hauptfeind ist gegen die Kommunisten gerichtet.

Die Taktik der KP. Frankreichs ist die gleiche wie im Jahre 1928, die Taktik Klasse gegen Klasse. Diese Taktik kommt durch die Bemühung zum Ausdruck, die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter gegen die Bourgeoisie und alle ihre Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, zu errichten und folglich auch alle unsere Kandidaturen in der Stichwahl aufrechtzuhalten. Das Hauptaugenmerk ist auf die Auslösung von Streiks und Arbeitslosenkämpfen gerichtet.

Die Partei hat in allen 615 Wahlkreisen ihre Kandidaten aufgestellt. Ein Duzend Massenbroschüren, ebensoviel Broschüren mit Material für die führenden Funktionäre, zahlreiche Bildplakate, drei Filme, mehrere Schallplatten mit Reden der Genossen Cachin, Marty, Duclos, Doriot, Baillant-Louturier usw. wurden herausgegeben. Die eröffnete Sammlung zur Schaffung des Wahlfonds nähert sich einer Million Franken. Die meisten der Wahlveranstaltungen finden mit Demonstrationen für die Forderungen der KP. ihren Abschluß.

Der schwere Kampf unserer Bruderpartei gegen den französischen Imperialismus, den Hauptschürer des neuen Weltkrieges, den Verbündeten Japans im Fernen Osten, muß international ein gewaltiges Echo und größte Unterstützung durch die Weltarbeiterchaft finden.



Copyright by „Friedrich Müllers“ Berlin 1932

„Was ist das denn?“ fragte ein anderer. „Wir können die Front nicht halten.“ „Da du deine Zeitung mehr gelesen?“ „Wir haben doch noch überlebt.“

„Da du nicht glaubst, daß du das, was die da schreiben? Hast du nicht gelesen, was sie schreiben?“

„Was wird denn sein, wenn wir verlieren? Wer soll dann die Verantwortung übernehmen?“

„Sie werden mit den Schultern.“

„Aber kann denn nicht es Arbeit geben. Die zerstörten Gebäude werden wieder aufgebaut werden, es fehlen Menschen und Material.“

„Ne, denn werden wir ja nochmal sehr gesucht werden, vor allem, daß wir nicht vorher noch ins Massengrab schaukeln.“

„Wende du, mit kommst's doch so vor, als ob sie den Krieg nicht gemacht hätten, weil sie viel Menschen und viel Material haben.“

In der Ecke am Fenster stand ein altes Klavier und fast jeden Abend spielte jemand. Sehr selten die gebräuchlichen Soldatenlieder, zu denen dann wohl gelungen wurde — meistens etwas anderes: Beethoven, Handel, Mozart. Es war merkwürdig. Da hörten laut die Schachspieler auf und ließen ihre selbstgemachten Figuren auf den Brettern stehen, hoben die Köpfe und lauschten.

Luise unterhielt sich mit ihren Freunden, die sie bald geizen sollte. Von den Fabriken in der Heimat, wo jetzt in der Reichzahl Frauen beschäftigt waren. Ein alter Krieger, der einen zerfetzten Brief in der Hand hielt, warf diesen Brief auf den Tisch und sagte: „Mein kleines Eisfriedchen, zehn Jahre ist sie jetzt alt — ich hab sie so lange nicht gesehen — die muß jetzt die

ganze Wirtschaft allein führen. Meine Frau arbeitet in der Munitionsfabrik.“

„Ja, das ist ein Leben, wir sitzen hier und spielen Soldaten und dabei kommt alles.“

„Früher haben sie uns etwas vom Familienleben und Staat erzählt! Die Familie sei die unterste Zelle des Staates — oder so ähnlich — und jetzt?“

„Jetzt geht die Familie zum Teufel und der Staat auch, der verfluchtge.“

„Was denkst du, als ich das letzte Mal zu Hause war habe ich geglaubt, daß meine Kinder mit mir den Hals fallen würden. Pustelchen! Ich wiedererkannst haben sie mich! Sie haben mich wie einen Fremden behandelt. Und als ich des Abends am Tisch saß und meine Frau mir das Brot schnitt, da haben sie geguckt und am liebsten geweint, weil sie gedacht haben, ich treffe ihnen alles weg.“

Die Augen der Männer, bei deren wildem Aussehen man hätte glauben können, daß ihre Herzen von dem jahrelangen Blut und Dreck hart geworden seien, wurden weich und naß. Den Alten, den Vätern mit den Bartten zuckte es verräterisch um die Mundwinkel.

„Luise, hast du nichts gehört von zu Hause? Hast du keine Zeitung? Da weißt schon, was für eine?“

Luise verteilte Zeitungen und Flugblätter, Mitteilungen, die einen weiten Weg hinter sich hatten und aus Holland oder aus der Schweiz kamen. Eingehüllt in bürgerliche Zeitungen. Wenige Exemplare. Die Soldaten griffen gierig danach. Sie wollten über die wirklichen Zustände ein offenes Wort hören. Sie wurden weitergegeben. Niemand außer ein paar Gestrünen wußte, woher sie kamen. Aber trotzdem konnte Luise nicht verhindern, daß sie alle ihre Nähe suchten und politische Diskussionen anknüpften. Sie mußte sich sehr in acht nehmen. Die Vorsteherin des Soldatenheims, eine Frau Major mit dem roten Kreuz auf dem Arm und dem Verdienstkreuz an der Brust, schnüffelte. „Aufpassen, die Alte hat Lunte gerochen“, war seit einigen Tagen die Parole.

Luise, die immer sofort Kontakt mit jedem einfachen Soldaten hatte, der verläßt und verdreht von der Front kam, war der heißgehaßte Mensch der Soldatenheim-Tante in Tripp.

Eines Tages kam ein Brief von der Mutter.

„Mann? Soviel durchgegriffen? Mit Luise? Schwarze Stellen im Brief? Sollte das nicht? — Natürlich — die Jenjur!“ Man zerrante also auch schon ihre Briefe.“

Der Brief behandelte, wie Luise aus den zusammenhängelosen Sätzen entnehmen konnte, einen letzten Fliegerangriff auf Köln. Bomben abgeworfen... Häuser zerstört, Menschenleben vernichtet.“

Erst durch den nächsten Brief, der im Stadtanzeiger eingewickelt lag, und als Drucksache geschickt war, erfuhr sie das Nähere.

Man saß gerade beim Mittagessen — nur das Klappern der Teller, das Schlürfen der heißen Suppe und das laute Summen einer Fliege an der Fensterscheibe war zu vernehmen — über allem lag die brütende Mittagshitze, als ein neues Ereignis den normalen Tagesablauf änderte. Zuerst ertönte eine Glocke im Torfe, die sich anhörte wie das Gebimmel einer Vorortbahn und dann rief jemand ganz fern: F-e-u-e-r-r-r-r! Alles stürzte zum Fenster.

„Feuer?“ Wo?“

Ganz hinten am Horizont flog eine riesige schwarze Rauchwolke auf. „Feuer! Da hinten ist doch!“ — der Gefreite sprach das Wort „Munitionsdepot“ nicht aus — als eine juchzende Explosion erfolgte, die die Fensterscheiben klirrend zerpringen ließ und die Menschen, die sich im Raum befanden, mit gewaltiger Macht zur Erde warf. Der Gefreite, Luises Schreibstuhllehne, starrte sie, am Boden liegend, freudebeleg an, und dann begann sein Körper zu zittern und zu zucken. Er stand auf, sich an dem Tischbein hochklammernd, und fiel gleich darauf wieder um; Schlag um Schlag wie ein Besessener! — Nervenschlag!

Auf der Straße war Schreien und Hilferufen zu vernehmen. Die Treppen der Kommandantur hinunterrennend, sah Luise durch das Gitterfenster zu ebener Erde, wie ein Trupp Soldaten nach vorne lief. Sie stürzte aus dem Haus heraus auf die Straße. Die war plötzlich leer geworden. Drüben, an die zerfallene Mauer eines Hauses gelehnt, stand ein spindelbürtiger weißhaariger Greis, den Kopf in den Nacken geworfen, in den Himmel starrend. Die Rauchwolke, einige hundert Meter weit, steil aufsteigend in den Himmel steigend, zog herüber. Schwarz, dick, die Sonne verdeckend. Ein Soldat kam angerannt, wollte an Luise vorbei in das Haus der Kommandantur.

„Was ist los?“ fragte sie.

„Wo ist der Feldwebel?“, schrie er.

„Weiß ich nicht, wahrscheinlich da unten“, und sie wies nach dem Keller.

Fortsetzung folgt

# Gegen die SAP.-Bankrotteure und Panikmacher

Breslau, 27. April.

Die Führung der SAP. klemmt in dem Leitartikel der „SAZ.“ von gestern den Wahlausgang zu einer Niederlage der Arbeiterklasse. Von diesen politischen Bankrotteuren und Panikmachern, die durch ihre falsche Teile der Arbeiterklasse verwirrt haben und jetzt Panikstimmung in die Reihen der Arbeiterklasse hineinbringen möchten, mit es mehr wie bisher den schärfsten Kampf zu führen, weil wir das nicht nur die von der SAP. beeinflussten Arbeiter für die rote Einheitsfront gewinnen, sondern darüber hinaus auch in die Reihen der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter und in die Reihen der Mitglieder der A.D.G.B.-Gewerkschaften dringen.

Die Sendewitz und Co., denen ihr Wahlergebnis von 80.000 mächtig in die Knochen gefahren ist, faheln von einer Niederlage der Arbeiterklasse, während gerade das Wahlergebnis ganz deutlich zeigt, daß niemand anders als die SAP. eine vernichtende Niederlage erlitten hat. Der politische Bankrott dieser Agenten von Wels und Co. kann nicht besser zutage treten. Die „SAZ.“ behauptet, daß es den Nazis diesmal gelungen ist, „erlaubt in die marxistische Front einzubrechen“, und daß in den entscheidenden Industriebezirken wie Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland und Schlesien Hunderttausende bisheriger SPD.- und SAP.-Wähler faschistisch gestimmt haben. Die Behauptung ist hellschamlos, weil hierfür nicht der Beweis angetreten werden kann, wenn auch von uns festgestellt wird, daß gewisse Teile der Erwerbslosen (hauptsächlich aus Angestelltenkreisen) für die Hitlerpartei gestimmt haben. Die kommunistische Partei hat gegenüber dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl allein in Preußen 380.000 Stimmen aufgeholt. Die treue Lüge der SPD. und der SAP. vom Ueberlaufen der kommunistischen Wähler in das Lager der Nazis ist durch das Ergebnis der Preußenwahl widerlegt worden. Haben diese seit dem zweiten Wahlgang neugewonnenen 380.000 Arbeiterwähler seinerzeit Hitler gewählt? Nach der Behauptung der SPD. und SAP. ja! Warum wird die Lüge, daß die Niederlage der kommunistischen Partei noch schwerer ist als die der SPD., von Sendewitz und Rosenfeld aufgestellt? Man will erstens die eigene Niederlage verdecken, und zweitens will man, was für die Agenten des sozialdemokratischen Hauptvorstandes wichtig ist, die kommunistische Partei vor den arbeitenden Massen diskreditieren. Die ganze Politik dieser Bankrotteure liegt in dieser Linie.

Ein Teil unserer Stimmenverluste fällt auf die relativ geringere Wahlbeteiligung der Arbeiter gegenüber den bürgerlichen Schichten. Die weiteren Stimmenverluste sind vor allem auf die ungenügende Durchführung von Kämpfen gegen Lohnraub und andere Massenaktionen und auf unsere Schwächen in der revolutionären Massenarbeit, und hier vor allem an der Betriebs- und gewerkschaftlichen Front, zurückzuführen. Ueberall dort, wo wir Aktionen gegen Lohnraub usw. durchführten, auch wenn es nicht große Massenaktionen gegen Lohn- und Unterstützungsabbau und Faschismus waren und keine zu großen Fehler in der Anwendung der Strategie und Taktik und der Einheitsfront gemacht wurden, hat die Partei einen Vormarsch zu verzeichnen.

Ein Teil des sozialdemokratischen Stimmenverlustes gegenüber dem September 1930 ist ebenfalls auf geringere Wahlbeteiligung zurückzuführen, aber die Massenverräterische Politik der SPD. hat auch größere Teile ehemaliger SPD.-Wähler ins Lager des Faschismus getrieben. Die Sozialdemokratie ist mit ihrer Massenverräterischen Politik der beste Wegbereiter Hitlers. Die SPD.-Arbeiter, die glauben, die SPD. würde den Faschismus schlagen, sehen jetzt dieses Ergebnis der SPD.-Politik. Nach 14 Jahren Braun-Severing in Preußen kann die Nazi-Partei 182 Mandate erobern.

Die SAP.-Führer behaupten, daß die wirkliche und beinahe ausschlaggebende Triebfeder für die Millionen Naziwähler die Not ist. Das ist nicht wahr! Die jahrelange verräterische Politik der SPD. und A.D.G.B.-Führer gegen die werktätigen Schichten hat es den Nazidemagogen in ihrer Propaganda ermöglicht, den Marxismus in den Dreck zu ziehen. Die Hitlerpartei hat es verstanden, die verräterischen Taten der SPD. und A.D.G.B.-Führer dem Marxismus anzuhängen. Uns gelang es nicht, die Massen davon zu überzeugen, daß die Politik dieser Leute nichts mit dem Marxismus gemein hat, daß der Marxismus einzig und allein durch die kommunistische Partei verfochten wird, und daß nur sie die einzige Interessenvertretung aller ausgebeuteten Schichten gegen Lohnraub und kapitalistische Ausbeutung ist. Und auch die Politik der SAP.-Führer hat viele Arbeiter verwirrt.

Die „SAZ.“ schreibt weiter davon, daß nicht minder groß die Schuld der Gewerkschaften ist. Sie schreibt dazu folgendes:

„Sie, auf die sich die Arbeitslosen, die Arbeiter- und Angestelltenmassen in ihrer wirtschaftlichen Not vor allem stützen müßten, haben völlig versagt. Unter ihrer reformistischen Führung haben sie nicht nur keinen ernsthaften Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsraub geführt, sondern die Lohnabbau Regierung unterstützt, toleriert. Planmäßig hat die Gewerkschaftsführung den einzig möglichen Ausweg aus der Krise, den revolutionären Massenkampf abgelehnt und verhindert. Deshalb sind heute die Massen von größtem Misstrauen gegen die Gewerkschaften erfüllt.“

Wir müssen auch hier wiederum der Arbeiterklasse aufzeigen, daß diese „Anklage“ der SAP.-Führer gegen die Gewerkschaften“ nur dazu bestimmt ist, die wachsende Rebellion der Mitglieder gegen die Diskreditierungs- und Vorrubpolitik der Wozgen aufzuhalten. Weiter wird in dem Artikel behauptet, man vorerst die kommunistische Partei beizuhängen und verdammt, daß die SAP. nur beibringt, die revolutionäre Einheitsfront herzustellen. Die Sendewitz und Rosenfeld entlarven sich gleich hinterher als Agenten der Weltvari, indem sie Einheitsfront mit den Führern der SPD. und des A.D.G.B., mit Wels, Dillering, Braun, Severing, Veipart und Tarnow fordern. Nur die Durchführung der Arbeiterklasse sprechen sie auch von der Einheitsfront mit der SAP.!

Kann es für die SPD. und somit für die Arbeiterklasse eine Einheitsfront mit diesen Leuten geben? Nein und noch mehr als nein! Gerade die sozialdemokratischen Führer haben durch ihre Politik dem Hitlerfaschismus den Weg geebnet. Sie waren es, die alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen der herrschenden Klasse nicht nur gebilligt, sondern mit durchgeführt haben. Und wenn sich die Arbeiterklasse dagegen zur Wehr setzte, da wurde die Polizei des Herrn Severing eingesetzt.

Daß die SPD. Hitlers Helfer ist, dafür liefert uns der „Vorwärts“ nach der Preußenwahl neues Material. Er schreibt zum Wahlausgang folgendes:

„Ohne Rücksicht auf staatsrechtliche Erwägungen kann es ein Gebot der politischen Klugheit sein, sie (die NSDAP.) an die Macht heranzulassen, noch ehe sie Wehrtheit geworden ist.“

Als Voraussetzungen erklärt der „Vorwärts“, daß die NSDAP.

# Der Kampf um die preußischen Regierungsstellen ist in vollem Gange

Die Preußische Regierung hat den neugewählten Landtag zum 21. Mai einberufen und wird am Tage des Zusammentritts ihren Rücktritt erklären.

Der Ausfall der Preußenwahlen, deren charakteristisches Merkmal das weitere Anwachsen des Hitlerismus ist, hat die politische Lage in Deutschland nicht vereinfacht, sondern noch mehr kompliziert und wird zunächst die interfraktionellen Kämpfe der zwei Hauptgruppen im Lager der Bourgeoisie steigern. Die Gruppen der Schwerindustrie und der Großgüter, die hinter den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten stehen, haben die Wahlagitation beider Parteien finanziert in dem Bestreben, die Führung in der Preußenregierung zu bekommen, um über Preußen den Druck auf die Brüning-Regierung (die in der Hauptsache von den Chemis- und Elektrokonzernen gestützt wird) zu verstärken, damit diese besser noch als bisher ihre Forderungen und Wünsche durchführe. Diese Absicht ist nicht ohne weiteres erreicht worden. Zwar sind die Nationalsozialisten die stärkste bürgerliche Partei geworden. Aber sie wurden das in der Hauptsache auf Kosten der alten bürgerlichen Parteien: Wirtschaftspartei, Staatspartei, Volkspartei und Deutschnationalen. In das Zentrum konnten die Nationalsozialisten nicht einbrechen und ihr Einbruch in die Sozialdemokratie ist nicht so bedeutend, das dadurch die Position der SPD. als Regierungspartei nennenswert geschwächt wäre. Immerhin hat gruppenmäßig betrachtet, die alte Weimarer Koalition bei den Wahlen eine ernste Schlappe erlitten, aber doch nicht in dem Maße, daß sie bei der Regierungsbildung in Preußen beiseite geschoben werden könnte. Trotz der zahlenmäßigen Stärke der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen können beide Parteien nicht allein die Regierung bilden, sie sind auf das Zentrum angewiesen. Und sind jetzt schon eifrig dabei, mit dem Zentrum über die Regierungsbildung zu verhandeln.

Wenn es „nach den Spielregeln der Demokratie“ gehen würde, würden die Nazis ohne Zweifel den Posten des preußischen Ministerpräsidenten und damit den entscheidenden Einfluß auf die

Regierungsbildung erhalten. Aber es geht nicht nach „demokratischen Spielregeln“ bei dem Kampf um die Positionen. Die Gesamtinteressen der Bourgeoisie erfordern, die Sozialdemokratie auch weiterhin als soziale Hauptstütze zu benutzen und sie so oder so in irgendeiner Weise an den Regierungsposten zu beteiligen. Darum geht jetzt der Kampf der Bourgeoisiegruppen. Der Schauplatz dieses Kampfes ist nach den Wahlen in die Konferenzzimmer verlegt worden und hat bereits die Form diplomatischer Notenwechsel angenommen. „Die Entscheidung liegt beim Zentrum“ schreibt der „Vorwärts“, der gestern noch aus vollen Rachen schrie, daß nur die Sozialdemokratie Hitler von der Regierung fernhalten könne. Es ist klar, daß das Zentrum bereit sein wird, auch mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden, wenn es seine eigenen Positionen in der Regierung stärken kann. Und es ist für das Zentrum und für die hinter dem Zentrum stehenden Gruppen der Bourgeoisie nur eine taktische Frage, ob die Nationalsozialisten seine Position verstärken.

Im Spiel der parlamentarischen Kombinationen stellt ein Teil der Bourgeoisie, der an der Fortexistenz der Braun-Severing-Regierung besonders interessiert ist, die Frage, welche Stellung die Kommunisten einnehmen werden. Denn parlamentarisch gesehen hat keine der Gruppen eine Mehrheit um die Regierung zu bilden. Mit den Stimmen der Kommunisten könnte die eine Gruppe die Regierung der anderen Gruppen stützen. Die kommunistische Partei wird die sich daraus ergebende Situation im Interesse der Arbeiterklasse ausnutzen. Sie wird ihren entschiedenen Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung weiterführen und ebenso entschieden den Kampf gegen eine etwaige Nazi-Zentrum-Regierung. Die kommunistische Partei mobilisiert schon heute die Massen der Arbeiter und anderen werktätigen Schichten gegen jeden Versuch der Bourgeoisie, die Ausbeutung und Unterdrückung zu verstärken. Sie mobilisiert die Massen zum Kampf gegen Faschismus und jede Form der Kapitalherrschaft.

# Verstärkter Terror der aufgelösten SA.-Banden

Die Bürgerkriegstruppe Hitlers besteht fort — Organisiert den Massenselbstschutz gegen den faschistischen Terror!

Aus allen Teilen des Reiches mehren sich die Meldungen von Ueberfällen nationalsozialistischer SA.-Banden auf Arbeiter und Arbeiterlokale. In Bernau bei Berlin haben SA.-Trupps, die von auswärts herangezogen wurden, einen regelrechten Krieg gegen die Arbeiterbevölkerung geführt. Alles, was nach Arbeiter auslief, wurde von den faschistischen Banden überfallen und niedergeschlagen. Selbst der „Vorwärts“, der seinen Lesern vor der Wahl immer einzureden versuchte, daß die SA.-Banden durch das Verbot aufgelöst seien, muß jetzt unter dem Druck der Tatsachen eingestehen, daß „SA.-Trupps“ die ganze Stadt unsicher machten und schreibt wörtlich weiter:

„Planmäßig zogen dann die provozierenden Banden durch die Stadt und schlugen wahllos auf kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter ein.“

In vielen Stellen, wo sich die Arbeiter zur Wehr setzten, kam es zu schweren Zusammenstößen. Die Nationalsozialisten schossen und stachen auf Arbeiter ein. Der Reichsbannermann Kretschmer erhielt mehrere Lungenstiche. Lebensgefährlich verletzt mußte er ins Krankenhaus gebracht werden. Die Erregung der Arbeiterklasse über die Blutthaten der Nazis ist ungeheuer.

In Berlin haben die SA.-Banditen neue SA.-Kasernen bezogen. Eine solche Kaserne befindet sich im Norden Berlins auf einem Laubengelände. Dort haust der Sturm 27. Seine Provokationen gegen die Kolonisten und die Arbeiterbevölkerung dieser Gegend führten in den letzten Tagen zu wiederholten Zusammenstößen. Die Polizei wurde von der terrorisierten Bevölkerung zu Hilfe gerufen und durchsuchte — die Lauben der Arbeiterkolonisten. Eine erst auf das entschiedene Drängen der zur Ab-

wehr des faschistischen Terrors in Massen herbeigezogenen Arbeiter und Arbeiterfrauen unternommene Durchsuchung der Nazikaserne förderte eine Anzahl Schußwaffen zu Tage. Einige der SA.-Banditen wurden verhaftet, doch bald wieder freigelassen. Die SA.-Kaserne besteht weiterhin fort. Zur Abwehr des Terrors und zum Schutze der proletarischen Anwohner haben Reichsbannerarbeiter gemeinsam mit kommunistischen Arbeitern einen Wachdienst eingerichtet.

Diese Tatsachen bestätigen, was wir bei dem „Verbot“ der SA. durch die Brüning-Groener-Regierung vorausgesagt haben. Die für Hitler und seine Geldgeber zuverlässigen Sturmabteilungen bestehen nach wie vor weiter. Ihr Terror gegen die Arbeiterklasse verstärkt sich. Hitler und seine Landsknechte kümmern sich den Teufel um das formale Verbot der Brüning-Braun-Severing, weil sie wissen, daß man doch nichts Ernstes gegen sie unternimmt. Und in der Tat! Die Arbeiter werden nur dann den faschistischen Terror hassen, wenn sie selbst die Sturmabteilungen auflösen. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.

Verstärkter Kampf gegen den Faschismus tut not! Arbeiter, Erwerbslose, Werktätige ohne Unterschied der Partei, schließt euch zusammen! Schafft in allen Betrieben, in allen Stempelstellen, in allen Wohngebieten, rote Schußkassen zum Kampfe gegen den faschistischen Terror! Nur die rote Einheitsfront kann den Terror der SA. brechen und den Faschismus schlagen.

„dann wirklich eine politische Partei“ sein müßte, und die Macht „nicht zu ungeseligen, verfassungswidrigen Zwecken“ benutzen dürfte, Veranlassungen, die der „Vorwärts“ als noch nicht gegeben ansieht.

Und genau so kann es mit den Führern der SAP. keine Gemeinschaft, keine Einheitsfront geben. Sie reden zwar in den Versammlungen und in der Presse soviel von der Schaffung der revolutionären Einheitsfront, aber alle ihre Taten bereiten, daß sie Feinde der Arbeiterklasse sind.

Der 1. Mai ist immer für die Arbeiterklasse ein Kampftag gewesen. Die sozialdemokratischen Führer haben diesen internationalen Kampftag mit Blut besudelt. Wir erinnern an den blutigen 1. Mai 1930 in Berlin! Die Presse, Freiheit in Severing-Preußen läßt nicht zu, daß wir hier die Ueberlebenden dieses blutigen 1. Mai ins rechte Licht rücken. Und mit diesen Leuten, die den 1. Mai mit Blut besudelt haben, sollen die SAP.-Arbeiter in einer Front am 1. Mai marschieren. Der SAP.- und SAP.-Führer Siegler hatte in der Sitzung des A.D.G.B.-Ersatzschusses in Breslau vorerst für einen Redner, den die Gewerkschaften zu stellen haben, plädiert. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, haben die SAP.-Vertreter den Antrag auf Zulassung auch eines SAP.-Redners gestellt. Kampfforderungen wurden von ihnen für den 1. Mai nicht aufgestellt. Die sozialdemokratischen, SAP.- und Reichsbannerarbeiter sollen somit im Einverständnis von Siegler u. Co. für die Diskreditierungspolitik der SPD.-Führer, für die Lohnabbaupolitik der A.D.G.B.-Führer, für die Notverordnungs- und Verbotspolitik demonstrieren.

Denn die SPD.- und A.D.G.B.-Führer etwa am 1. Mai für die Kampfforderungen der Arbeiterklasse gegen den bevorstehenden Lohn- und Unterstützungsraub gegen den faschistischen Mororterror zu demonstrieren? Nein! Und das gleiche wollen auch die Führer der SAP. nicht.

Das Zentralkomitee der SPD. wendet sich in einem Aufruf, den wir gestern veröffentlicht haben, an alle deutschen Arbeiter, an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an alle Mitglieder der A.D.G.B.-Gewerkschaften und an alle sozialdemokratischen Arbeiter, wo wir Kommunisten die Bruderhand allen Arbeitern zum gemeinsamen Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit reichen. Wir wiederholen

gerade diese Stelle aus dem Aufruf, wo der Arbeiterklasse der Wozgen zur Schaffung der roten Einheitsfront gewiesen wird:

„Wir Kommunisten sagen euch:

Die Antwärtigung der Führer der Sozialdemokratie und des A.D.G.B. über Kampfmaßnahmen gegen den neuen Lohn- und Unterstützungsabbau war nur ein Wahlmanöver.

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftler werden uns an auch sozialdemokratische Arbeiter und Mitglieder der A.D.G.B. Gewerkschaften: Ihr müßt in eurem eigenen Interesse diese Pläne durchkreuzen und die Organisierung des Kampfes gegen neuen Lohn- und Unterstützungsabbau in die eigenen Hände nehmen.

Alle klassenbewußten Betriebsräte und Funktionäre, alle ehrlichen Mitglieder der Ortsverbände und Zählstellen des A.D.G.B. fordern wir auf, mit uns zusammen den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Lohnabbau zu organisieren.

Wir Kommunisten und Mitglieder der A.D.G.B. und der roten Gewerkschaften wollen alle Kampfmaßnahmen ergreifen.

Wir erklären: Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.“

Dieser Aufruf ist ebenfalls an die Arbeiter der SAP. gerichtet. Und deshalb müssen auch diese Arbeiter am 1. Mai mit uns Kommunisten aufmarschieren. Der 1. Mai muß der Auftakt zur Einleitung einer Welle von Massenkämpfen, von Massenstreiks sein.

Die Arbeiterklasse hat trotz des unbefriedigenden Wahlausgangs keine Niederlage erlitten. Sie muß sich nur ihrer Kraft bewußt werden, wenn sie in der roten Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition kämpft. Jeder Streik, jeder Massenkampf der Erwerbslosen ein Kampftag in das Gesicht der herrschenden Klasse, ist ein Schritt vorwärts zum Siege des Proletariats über seine kapitalistischen Ausbeuter und ihre Lakaien. Jeder Streik, jeder Massenkampf der Erwerbslosen ist zugleich ein Schlag gegen Hitler und seinen faschistischen Horden!

Strafe frei am 1. Mai für die Arbeiterklasse!

